

# AK Tirol TIROLER ARBEITERZEITUNG

Österreichische Post AG | Postentgelt: bar bezahlt | Verlagsort: 6020 Innsbruck | RM 12A039146 K

ZEITUNG FÜR ARBEIT UND KONSUMENTENSCHUTZ DER KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE FÜR TIROL 7. JG., FEBRUAR 2015 | NR. 71

KOMMENTIERT

Besser machen,  
statt krank reden



AK Präsident Erwin Zangerl

Unser Pensionssystem steht nicht vor der Pleite. Das wollen jedoch manche Kreise aus Politik, Wirtschaft und Industrie so nicht wahrhaben. Sie verlangen Pensionsreformen und meinen weitere Verschlechterungen für Arbeitnehmer, die es nach mehr als 45 Jahren harter Arbeit mehr als verdient haben, ihre späteren Lebensjahre in Würde und mit ausreichenden Mitteln finanzieren zu können. In Wirklichkeit geht es manchen dieser Kreise nur darum, Kosten massiv zu senken, unsere sozialen Errungenschaften auszuhöhlen, und die Gewinne zu steigern. In dieses Szenario fällt auch die Pensionsautomatik. Sie heißt nichts anderes, als dass trotz Altersarbeitslosigkeit die Menschen immer länger beschäftigt bleiben müssten. Besser machen, statt krank reden, muss die Devise lauten. Denn an Sicherheit ist die gesetzliche Pension nicht zu überbieten. Im Umlageverfahren werden die Beiträge der Arbeitnehmer gleich wieder für die Pensionen ausgegeben. Und die ASVG-Pensionen werden zu 93 % aus Eigenmitteln finanziert. Dass auch der Staat etwas beisteuert, war von Anfang an so ausgemacht. Diese Zuschüsse werden Langfristprognosen zufolge auch nicht ausufern.

Wenn nur die Wirtschaft die Arbeitsplätze schafft, wie sie das behauptet, heißt die beste Pensionsreform, möglichst viele Menschen in Beschäftigung zu bringen sowie sie gut zu bezahlen. Und wenn dann die Arbeitsbedingungen es den Beschäftigten erlauben, gesund und mit Freude bis zum Pensionsantrittsalter zu arbeiten, dann klappt es auch künftig mit den Pensionen.

GESUNDHEITSBERUFE

## Seminarreihe ab März im Seehof

Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialbereich erfüllen nicht nur verantwortungsvolle Aufgaben, sie sind auch zu regelmäßiger Weiterbildung verpflichtet. Deshalb bietet die AK Tirol Mitgliedern eine Reihe mit kostenlosen Seminaren zu Rechtsthemen, Persönlichkeitsbildung und Gesundheitsförderung an. Sie startet ab 3. März im AK Bildungshaus Seehof. Das Programm gibts unter **0800/22 55 22 - 1645** oder auf [ak-tirol.com](http://ak-tirol.com)

## Steuern ins Lot bringen!

Zurechtrücken. „Wir verlangen eine spürbare Lohnsteuer-Entlastung. Jetzt sind einmal die Arbeitnehmer dran“, unterstreichen die Fraktionen in der AK Tirol.



Viel zu schief. Die Arbeitnehmer müssen aus ihrer steuerlichen Schiefelage befreit werden. Diese Belastung gehört wieder ins rechte Lot gebracht.

Arbeiterkammer-Präsident Erwin Zangerl: „Wir müssen den Menschen helfen, damit mehr Netto vom Brutto übrig bleibt. Denn Leben, Wohnen, alles wird immer teurer. Seit Jahren leiden wir unter Reallohnverlusten und einer unerträglich hohen Steuerbelastung, das würgt jedes Wirtschaftswachstum ab. Die Beschäftigten arbeiten, um zu leben – und nicht umgekehrt! Das haben Politik und Wirtschaft endlich wieder zu berücksichtigen. Die Steigerung der Produktivität muss in den realen Löhnen wieder zu 100 Prozent ankommen. Denn Lohnsteigerungen sind die Voraussetzung, damit unsere Marktwirtschaft langfristig überhaupt funktioniert.“

### Mehr Netto vom Brutto.

„Parallel dazu brauchen wir die Lohnsteuer-Entlastung, um die Kaufkraft zu stärken und damit die Wirtschaft anzukurbeln. In Summe leisten die Beschäftigten zwei Drittel des gesamten Steuer-

aufkommens in unserem Land. Deshalb muss die kommende Steuerreform zur Gänze den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugute kommen. Das würde auch dazu beitragen, die unerträglich hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Was wir jedoch nicht hinnehmen werden, ist, dass sich die Arbeitnehmer die Lohnsteuersenkung selbst finanzieren müssen“, so der AK Präsident.

**Warten auf Reform.** Am 17. März will die Regierung ihre Steuerreform präsentieren, die Gespräche dazu laufen bereits. Zangerl stellt klar: „Wir erwarten uns, dass die 880.000 Unterschriften der Beschäftigten für eine Lohnsteuersenkung ernst genommen und die wichtigsten Forderungen von AK und ÖGB umgesetzt werden, ohne dass diese überfällige Reform von den unterschiedlichsten Gruppen verwässert wird. Wir haben lange genug die Hauptbelastung aller Steuern getragen. Jetzt sollen endlich alle Gruppen ihren gerechten Beitrag leisten.“

Gleichzeitig spricht sich Zangerl gegen weitere Erleichterungen für die Wirtschaft zu Lasten der Beschäftigten aus: „Diese ist ohnedies in vielerlei Hinsicht steuerlich begünstigt. Und eine Belebung des Konsums als wichtige Stütze der Konjunktur kommt direkt den Unternehmen zugute.“

**Acht von zehn Euro.** Die aktiven und pensionierten Arbeitnehmer-Haushalte leisten in Österreich mehr

Gegenzug sollten Vermögenssteuern erhöht werden.

### Kampf dem Steuerbetrug.

Es müssen alle Gruppen ihre Steuern gesetzeskonform abliefern. Maßnahmen gegen Steuerbetrug sind deshalb unverzichtbar, soll eine Steuerreform auch gelingen. Hier sind auch die steuerlichen Pauschalierungen und die exorbitanten Förderungen für diverse Verbände und Vereinigungen im Wirtschafts-

„Bei der Steuerentlastung sind jetzt endlich die Arbeitnehmer dran.“ Erwin Zangerl

als acht von zehn Steuer-Euro. Demgegenüber tragen Unternehmen und Vermögende gerade einmal etwas mehr als einen Euro bei. Darum empfiehlt auch die OECD, eine beschäftigungs- und wachstumsfördernde Steuerstruktur zu schaffen. Die Steuerlast sollte weniger die Arbeitseinkommen treffen und im

Landwirtschaftsbereich zu hinterfragen. Es muss jedoch weiter gehen: Vor allem die Steuerbegünstigungen, die sich internationale Großkonzerne durch aggressive Steuerplanung und -vermeidung herausnehmen, müssen unterbunden werden. Dieser Steuersumpf muss trockengelegt werden. <<

NACHGERECHNET

## ASVG-Pensionen zu 93 % gedeckt

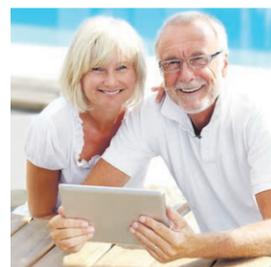


Foto: Günter Menzl/Fotolia.com

Mit Horrorszenarien wird Stimmung gegen unser Pensionssystem gemacht. Dabei sind die Pensionen der Arbeitnehmer zu 93 Prozent aus den Beiträgen gedeckt, im Gegensatz zu anderen Gruppen. Die Pensionen der Selbstständigen sind nur zu etwa 53 %, die der Bauern sogar nur zu etwa 8 % gedeckt, u. a. deswegen, weil dort die Beitragssätze niedriger sind. Die AK verlangt daher: Alle Berufsgruppen sollen gleich viel in die Pensionsversicherung einzahlen. Die Regierung ist aufgefordert, künftig alle gesetzlichen Pensionsausgaben auf den Tisch zu legen. Denn wenn alle Altersausgaben, also Pensionsversicherung und Beamtenpensionen insgesamt betrachtet werden, sieht man, dass die Staatsausgaben für die Alterssicherung nur leicht steigen werden. Mehr auf **Seite 8**.

ZUM VORMERKEN

## AK Tirol lädt zur Josefsmesse



Foto: G. Schuster/Photo.com

Für die Tiroler hat der Heilige Josef eine ganz besondere Bedeutung: Denn auch bei uns wird der Schutzpatron der Arbeit gleichzeitig als Landespatron gefeiert. Und so laden AK Tirol und Katholische Arbeitnehmerinnen- und Arbeiterbewegung (KAB) zum Tag des Heiligen Josef am **Donnerstag, dem 19. März, um 19 Uhr** wieder zur traditionellen Josefsmesse in die **Jesuitenkirche in Innsbruck, Karl-Rahner-Platz 1**, ein. Den Gottesdienst zelebriert Bischof Dr. Manfred Scheuer. Für die musikalische Gestaltung sorgen die „Good Vibrations“ mit Gail Anderson, die ein besonderes Programm vorbereitet haben. Im Anschluss an den Gottesdienst sind alle vor der Kirche zur Agape mit Fastensuppe eingeladen.

# Günstig bauen, billig wohnen

Da liegt der Hund begraben. Leistbarer muss der geförderte Wohnbau in Tirol werden, sagt Experte Luis Leiter. Verzichtet man auf Bau-Kostentreiber, sinken die Mieten um rund 15 %!



Das kleine Hunde-Einmaleins: Bauen – Kostentreiber = Billigeres Wohnen

Man mag es drehen und wenden, wie man will: Wohnen wird in Tirol immer mehr zum Luxus und kann sogar zur Armutsfalle werden.

Für die Tiroler Arbeiterzeitung zeigt Wohnbau-Experte Luis Leiter auf, wie die Mietkosten im Gemeinnützigen Wohnbau um 15 % gesenkt werden könnten: Mit Bau- und Grundstücksinitiativen, und wenn Kostentreiber am Bau auf das Notwendige reduziert würden. Nachzulesen sind die Details bald schon in seiner Studie „Leistbares Wohnen in Tirol – Möglichkeiten einer Kostensenkung im Wohnbau unter besonderer Berücksichtigung der gemeinnützigen Wohnbauträger in Tirol“, die Leiter als Fachmann mit langjähriger

Erfahrung – gerade auch im gemeinnützigen Wohnbau – im Auftrag der AK Tirol verfasst hat.

Leiter: „Betrachtet man die Baukosten, so liegt Tirol im Bundesländervergleich an 4. Stelle, noch teurer wird nur in Niederösterreich, Vorarlberg und Salzburg gebaut. Mit durchschnittlich 50 % haben die Baukosten im geförderten Wohnbau den größten Anteil an der Miete. Die Grundkosten schlagen sich mit ca. 10 % nieder, die restlichen 40 % verursachen die Bewirtschaftungskosten inklusive der gesamten Mehrwertsteuer.“

Hier zeigt sich klar, wo Einsparungspotenzial zu finden ist. Und tatsächlich könnte um 10 bis 15 % günstiger gebaut werden – ohne spürbare Quali-

tätseinbußen. Dies bestätigten Architekten, Baufirmen, gemeinnützige und private Bauträger, Statiker, Raumplaner, Bürgermeister und Bauinnung bei einer Befragung.

**Kostentreiber.** Um dieses Ziel zu erreichen, müssen alle Beteiligten die Kostentreiber am Bau konsequent auf deren Notwendigkeit reduzieren. Die da wären: Diverse Vorgaben durch die Richtlinien des Österreichischen Instituts für Bautechnik, Tiroler Bauordnung, technische Bauvorschriften, mehr als 20.000 Normen, Wohnbauförderung, Raumordnung, Architektur und nicht zuletzt auch durch Gemeinden, etwa mit kaum nachvollziehbaren Stellplatzvorgeschreibungen.

Wie gewaltig sich letztere auf den Mietpreis auswirken, demonstriert eine Mietenkalkulation für ein aktuelles Bauvorhaben: So bewirkt eine Stellplatzvorgeschreibung im Verhältnis 1:1,75 statt 1:1 (Wohnung:Stellplatz) bereits eine um 10 % höhere Monatsmiete. Auch die Eurocodes für die Statik seien erwähnt: So verteuert allein der dort „vorgeschriebene“ höhere Stahlverbrauch die Baukosten um 2 %.

Hinzu kommen noch die Änderungen im Tiroler Wohnbauförderungsgesetz: Bei der Beschlussfassung 1991 im Tiroler Landtag wurde mit 65 % Direktkredit gefördert, heute nur noch mit weniger als 40 %. Stattdessen wurde der zeitlich befristete Annuitäten-Zuschuss eingeführt, der 2013 leider noch heruntergefahren wurde, was die Mieten in Zukunft wieder sprunghaft ansteigen lässt. Gleichzeitig geriet das Modell „Besonderer Mietwohnbau“ vollkommen in Vergessenheit. Fazit: Es ist absolut möglich, die Baukosten und damit die Miete um bis zu 15 % zu reduzieren, das bedeutet eine Einsparung von zwei Monatsmieten pro Jahr.

Was wir dazu brauchen?

- Eine wirkliche Bauoffensive, nicht nur 20 Millionen Euro mehr,
- eine moderate Stützung der Betriebs-/ Heizkosten zumindest für niedrige Einkommen,
- einen Wettbewerb um die Fördermittel als weiteren Ansatz für kostengünstiges Bauen,
- Grundstücks-Initiativen
- und eine Reduzierung der Kostentreiber auf das Mindestmaß.

„Nicht barack, aber auch nicht barock“, sondern leistbarer soll der geförderte Wohnbau in Tirol werden. Daneben braucht es weiterhin auch den Eigentumswohnbau in den unterschiedlichen Varianten. Auch dabei ist es, ausgenommen im Luxussegment, sinnvoll, auf Sparpotential zu achten. <<

## TARIFE

### AK kritisiert IVB-Preispolitik

Gute Nachrichten für Jahreskarten-Besitzer der Innsbrucker Öffis: Seit 1. Februar kostet das IVB-Jahresticket nur noch 330 Euro und wurde damit um 132 Euro (29 %) günstiger. Weil sie aber nicht mehr übertragbar ist, müssen Fahrgäste, die sich bisher eine teilen konnten, auf andere Tickets ausweichen. Der Haken dabei: Zwei Jahreskarten kosten nun um 198 Euro (43 %) mehr, als die bisher übertragbare Jahreskarte.

Empfindlich teurer wurde es auch für alle, die das übertragbare Jahresticket Family-Plus um 524 Euro nutzen: Jetzt müssen Familien zwei Jahreskarten kaufen oder auf teurere Einzeltickets umsteigen. Gar nicht mehr angeboten wird die Halbjahreskarte. Die Monatskarte kostet mit 49,90 Euro um 8 % mehr. Die höchsten Tarifsteigerungen gab es bei den Wochenkarten. Mit 19,90 Euro (+ 40 %) ist der Preis sogar der höchste unter allen Landeshauptstädten. Drastisch teurer wurde auch die Einzelfahrkarte. Kauft man sie beim Fahrer, kostet sie 2,70 statt bisher 2 Euro (+ 35 %), im Vorverkauf 2,30 statt 1,80 Euro.

AK Präsident Erwin Zangerl: „Es ist zwar ein wichtiges Signal, dass die Jahreskarte endlich billiger wurde. Wenn aber dafür andere Tickets einfach gestrichen bzw. verteuert werden, verärgert dies nicht nur zu Recht viele Fahrgäste. Es zeigt auch deutlich, dass die vergünstigte Jahreskarte damit finanziert werden soll.“



## VOM LOHN BLEIBT IMMER WENIGER.



Die Belastungen werden immer höher - warum sollen immer wir Arbeitnehmer alles finanzieren? Wir fordern:

**LOHN-  
STEUER  
SENKEN**

**AK** *Tirol*  
GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

ZUM VORMERKEN

Hilfe in Notlagen

Das Team des AK Unterstützungsfonds veranstaltet im Februar und März wieder seine Sprechstage in den Bezirken und hilft AK Mitgliedern und deren Angehörigen in schwierigen Situationen möglichst schnell und unbürokratisch.

Die Termine im Überblick:

- AK Kufstein:**  
Mo. 16. 2., 14 – 16 Uhr (Anmeldung 0800/22 55 22 – 3350)
- AK Telfs:**  
Di. 17. 2., 9 - 11 Uhr (Anmeldung DW 3850)
- AK Landeck:**  
Mi. 18. 2., 10 – 12 Uhr (Anmeldung DW 3450)
- AK Imst:**  
Mi. 18. 2., 14 – 16 Uhr (Anmeldung DW 3150)
- AK Kitzbühel:**  
Do. 19. 2., 14 – 16 Uhr (Anmeldung DW 3252)
- AK Schwaz:**  
Mo. 23. 2., 14 – 16 Uhr (Anmeldung DW 3752)
- AK Reutte:**  
Mi. 25. 2., 13 – 15 Uhr (Anmeldung DW 3650)
- AK Lienz:**  
Mo. 2. 3., 10.30 – 12.30 Uhr (Anmeldung DW 3550)

Zur Sprechstunde bitte alle notwendigen Unterlagen gleich in Kopie mitbringen (zu Einkommen, Beihilfen, Alimenten, Mietzinsbeihilfe sowie zu Ausgaben wie Miete oder Rückzahlungsverpflichtungen usw.). Mehr Infos gibt es auch auf [ak-tirol.com](http://ak-tirol.com)



# Zangerl: „Wirtschaft muss zu Land und Leuten stehen“

Raus aus dem Stimmungstief. Tirols Unternehmer können sich ihrer Verantwortung nicht entziehen. Jetzt heißt es Ärmel aufkrepeln, statt Schuld zuweisen, sagt AK Präsident Zangerl.

Mit Sorge registriert AK Präsident Erwin Zangerl die derzeitige Stimmungslage in Tirol. „Wir verzeichnen jeden Monat neue traurige Rekorde bei der Arbeitslosigkeit. Noch nie haben so viele Menschen in Tirol Arbeit gesucht. Und auch für die kommende Zeit gibt es keine Entwarnung. Laut AMS soll die Zahl sogar noch steigen. Dabei sind bereits jetzt rund 84.000 Personen in Tirol zumindest einmal im Jahr arbeitslos!“

**Beweis antreten.** Die Landespolitik und das AMS versuchen mit Bauoffensiven und Qualifizierungsmaßnahmen gegenzusteuern, aber gefordert ist die heimische Wirtschaft. Von ihr erwarten wir uns endlich Maßnahmen! Wenn die Wirtschaftskammer schon gebetsmühlenartig erklärt, nur die Wirtschaft schaffe auch die Arbeitsplätze, muss man sich zu Recht fragen: Wieso tritt sie nicht den Beweis dafür an und handelt endlich?

**Arbeiten, statt jammern.** Mit Klagen über zu viel Bürokratie und zu wenig Flexibilität werden wir keinen Schritt weiterkommen. Noch dazu, wo der Lohnanteil sinkt, und die Produktivitätssteigerungen – statt in die Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit oder in Arbeitszeitverkürzung – in die Unternehmensgewinne fließen.

**Null Risiko.** Und gleichzeitig untergraben jene Gewinnmaximierer die sozialen Grundpfeiler unseres Staates. Sie sprechen von ausufernden Sozialleistungen und von Vollkasko-Mentalität. Doch genau diese Gruppe nimmt diese Sozialleistungen ebenso selbstverständlich in Anspruch, was bedeutet: Maximaler Gewinn mit Null Risiko. Die Gewinne privatisieren, die Verluste sozialisieren. Firmen, die hochwertige Arbeitsplätze aus Gewinngründen ins Ausland verlagern, und Betriebe, die billige Arbeitskräfte aus dem Ausland nach Tirol holen – und die Verursacher wundern sich dann, wenn



Erwin Zangerl: „Die Wirtschaft kann sich nicht ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entziehen. Mehr gutbezahlte Ganzjahres-Arbeitsplätze würden Tirol wieder auf die Überholspur bringen.“

die heimische Wirtschaft schwächelt, und geben der Bürokratie die Schuld...

**Vorbildlich.** Ein Vorbild sind Tirols Beschäftigte. Sie arbeiten hochmotiviert und mit vollem Einsatz. Täglich steht bei vielen der Arbeitsplatz auf dem Spiel. Sie haben keine Zeit zu klagen, sondern müssen täglich ihre Leistung bringen. Sie haben es sich nicht verdient, dass Betriebe auf der Investitionsbremse stehen und die Bürokratie

beklagen, statt ihre Gewinne nutzbringend in den Betrieb fließen zu lassen.

**Acht von zehn Euro.** Auch bei den Steuern zeigen die Arbeitnehmer ihren Einsatz. Von 10 Euro Steuern stammen jeweils 8 Euro von den Beschäftigten und nur 22 Cent aus Vermögen. Spätestens hier wird klar, wer die Steuerzahler und damit die Leistungsträger im Land sind. Und genau hier muss die von uns geforderte Steuerreform anset-

zen. Die unfaire Verteilung hat in der Vergangenheit bereits dafür gesorgt, dass der Wohlstand immer ungleicher verteilt wurde. Mit diesen Milliarden an Steuerleistung erbringen die Arbeitnehmer den Löwenanteil jener Mittel, die zu einem guten Teil auch in Förderungen für die Wirtschaft fließen. Dabei kann nur jeder zweite Beschäftigte überhaupt Lohnsteuer zahlen und zwar aus dem Grund, weil die Arbeitnehmer hierzulande so wenig verdienen.

**Arm trotz Arbeit.** Die Gründe liegen in Tirols Betrieben und deren Struktur. Aktuell hat nicht einmal jeder zweite Beschäftigte in Tirol einen ganzjährigen Vollzeitarbeitsplatz. Immer mehr Tirolerinnen und Tiroler arbeiten geringfügig oder in Teilzeit. Ihr Einkommen ist dadurch so gering, dass sie keine Steuern zahlen können. Das ist für viele Menschen zu wenig, um damit ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

„Wenn nur die Wirtschaft Arbeitsplätze schafft, fragt man sich: Warum tut sie es nicht?“

Erwin Zangerl, AK Präsident

**Auch Geringverdiener.** Aber auch diejenigen Arbeitnehmer, die keine Lohnsteuer bezahlen können, weil sie so wenig verdienen, leisten wiederum über die Mehrwertsteuer einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft: Neben mehr als 40.000 Pensionisten mit geringen Pensionen sind auch Hausfrauen, Mütter in Karenz, Beschäftigte in Bildungskarenz und Arbeitnehmer, die ihre Angehörige pflegen, in dieser Gruppe zu finden. Sie alle erbringen wertvolle Leistungen für die Gesellschaft und tragen durch ihren Konsum natürlich auch zu wichtigen Steuer-Einnahmen bei.“ <<

## Kandidieren statt lamentieren

**Konstruktiv.** Mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Gemeinderäte! Warum nicht schon als Kandidaten für die Tiroler Gemeinderatswahlen 2016?

Politik soll das Zusammenleben innerhalb einer Gesellschaft regeln. Nicht immer sind wir mit verschiedenen Handlungen unserer Volksvertreter einverstanden und würden gerne in unterschiedliche Prozesse eingreifen. Vor allem, weil die Interessen der Beschäftigten noch in vielen Gemeinden viel zu kurz kommen.

Oft fehlt es an Mut und Wissen, um sich aktiv am kommunalen Geschehen zu beteiligen. Mit dem neuen Kolleg für künftige Gemeinderäte will die AK Tirol speziell Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unterstützen, ihre Ideen in den Tiroler Gemeinden auch umzusetzen, etwa wenn es um Betriebsansiedlungen, Arbeitsplätze, erschwingliches Wohnen, arbeitsplatzfreundliche Kinderbetreuung oder ausreichende und leistbare Öffis geht.

**Mitreden, mitentscheiden.** AK Präsident Erwin Zangerl ist überzeugt,



**Wählen.** Beschäftigte, die bei den Tiroler Gemeindewahlen selbst kandidieren wollen, erhalten eine fundierte Ausbildung beim AK Kolleg für angehende Gemeinderäte.

dass sich dank dieser Ausbildung 2016 einige neue AK Mitglieder auf den diversen Gemeinderatslisten finden werden, und meint: „Es ist höchst an der Zeit, dass Gemeinden arbeitnehmerfreundlicher agieren und eine satte Mehrheit von starken Stimmen vertreten. Werden Sie Teil der politischen Zukunft in Tirol! Mitreden, mitbestimmen, mitentscheiden! Nehmen Sie sich dafür Zeit, denn gerade in den Gemeinden lässt sich vieles mit demokratischen Mitteln verändern.“

**Lehrgang.** Der Lehrgang startet im April und findet in drei Modulen statt.

**Modul 1.** Am 17. und 18. April stehen rechtliche Grundlagen, wie die Tiroler Gemeindeordnung und Gemeindewahlordnung im Mittelpunkt. Es referiert Mag. Peter Stockhauser, Geschäftsführer des Tiroler Gemeindeverbands.

**Modul 2.** Am 29. und 30. Mai informiert Peter Plaikner vom Institut für Medien und Politik über das Erarbeiten und Aufbereiten von geeigneten Wahlkampagnen in den Gemeinden.

**Modul 3.** Am 11. und 12. September werden Sie von Peter Plaikner mit spannenden Details zur Führung einer Gemeinderats-Wahlkampagne konfrontiert. <<

Bewerbungen inkl. kurzem Motivationsschreiben bis spätestens 10. März 2015 an: [gemeinderatskolleg@ak-tirol.com](mailto:gemeinderatskolleg@ak-tirol.com) Jedes Modul hat ein Ausmaß von eineinhalb Tagen. Die Inhalte bauen aufeinander auf, deshalb ist der Besuch des vorangegangenen Moduls Voraussetzung. Kursort: **AK Bildungshaus Seehof, Gramartstraße 10, 6020 Innsbruck.** Die Teilnahme am Kolleg ist **kostenlos!**

AK IMST HILFT

Tipps und Tricks zum Steuersparen

Was können Sie von der Steuer abschreiben? Wichtige Infos zur Arbeitnehmerveranlagung erhalten alle Interessierten beim kostenlosen und praxisnahen Vortrag „Tipps und Tricks zum Steuerausgleich“ am **Donnerstag, dem 26. Februar, um 19 Uhr in der AK Imst.**

Arbeiterkammer-Vizepräsident Reinhold Winkler erklärt, wie sich Arbeitnehmer Bares sparen können. Sie werden überrascht sein, was man alles geltend machen kann. Und der Steuerausgleich macht sich fast immer bezahlt. Überwinden Sie also Ihre Scheu vor dem Ausfüllen des Formulars und melden Sie sich gleich an unter 0800/22 55 22 – 3150 oder [imst@ak-tirol.com](mailto:imst@ak-tirol.com)

## Ausbildungen im Gesundheitsbereich



Ob Pfleger, Logopäde, Sozialbetreuer oder Hebamme: Alle, die sich für einen Beruf im Gesundheits- und Sozialbereich entscheiden, haben gute Aussichten auf einen sicheren Arbeitsplatz. Experten der Tiroler Bildungseinrichtungen informieren u. a. über Gesundheits- und Krankenpflege, Sozialbetreuungsberufe, zu Bachelorstudien wie Biomedizinische Analytik, Diätologie, Ergotherapie, Logopädie, Radiotechnologie, Physiotherapie oder Hebamme. **AK Kufstein:** Do, 19. Februar, Anm. 0800/22 55 22 - DW 3350; **AK Lienz:** Di, 24. Februar, DW 3550; **AK Innsbruck:** Do, 26. Februar, DW 1515. Beginn: Jeweils 19 Uhr.

## Pflegebedarf, was ist zu tun?



Ein Familienmitglied wird plötzlich pflegebedürftig. Von einem Moment auf den anderen verändert sich alles. Wichtige Entscheidungen sind zu treffen. Hilfe in dieser schwierigen Situation bekommen Betroffene und Angehörige von AK Experten bei den kostenlosen Infoabenden „Pflegebedarf, was nun?“ in der **AK Reutte (Mo, 23. Februar, 18 Uhr, Anmeldung unter 0800/22 55 22 - 3650 oder reutte@ak-tirol.com)** und der **AK Schwaz (Do, 26. Februar, 19 Uhr, Anmeldung unter 0800/22 55 22 - 3752 oder schwaz@ak-tirol.com)**. Es geht um Förderungen, Unterstützungen, Hilfsmittel, Pflegegeld und vieles mehr.

# Der Altersarmut vorbeugen

Ohne Angst in die Pension. Lange Teilzeitarbeit wirkt sich auch auf die Höhe der späteren Pension aus. Betroffen davon sind vorwiegend Frauen. Mit der richtigen Info können sie gegensteuern.

Rechtzeitig vorsorgen, anstatt den Kopf in den Sand zu stecken, lautet die Devise, wenn es um die Pension geht, speziell für Frauen. Schließlich sind sie von Neuregelungen durch das Pensionskonto 2014 besonders stark betroffen. Und bei vielen macht sich die Angst vor einem Alter in Armut breit.

Das spüren auch die AK Experten. „Seit Einführung des Pensionskontos mit 1. Jänner 2014 hat die Zahl der Frauen, die sich von unseren Sozialrechtsspezialisten beraten lassen möchten, stark zugenommen“, berichtet AK Präsident Erwin Zangerl.

### Altersarmut droht.

Fakt ist: Mehr als die Hälfte der Frauen mit Kindern im schulpflichtigen Alter sind über viele Jahre teilzeitbeschäftigt. Und auch danach kehrt die Hälfte aller beschäftigten Frauen nicht mehr in eine unbefristete Vollzeitbeschäftigung zurück.

Doch in die Berechnung der Pension fließen alle Beschäftigungszeiten ein. Damit fällt das Einkommen von Frauen meist nicht nur niedriger aus, als jenes der Männer (siehe Beitrag unten), es beeinflusst auch noch die Berechnung aller Leistungen: Seien es Arbeitslosen- und Krankengeld oder eben die künftige Pension. Die Folgen können tatsächlich existenzbedrohend sein, vor allem



für Alleinerzieherinnen und nach einer Scheidung.

„Generell kann man sagen, dass ein Jahr Teilzeit auf Basis von 50 % die Pension um etwa 1 % verringert. Eine einjährige Unterbrechung verringert die Pension um etwa 2 %“, erläutern die AK Experten.

Ein Beispiel macht dies noch anschaulicher: Angenommen, ein Einkommen beträgt bei Vollzeitbeschäftigung brutto 1.500 Euro pro Monat, so ergibt sich daraus eine monatliche Pensionsgutschrift von 26,70 Euro und eine Pensionsleistung zum Regelaltersalter nach 45 Versicherungsjahren in Höhe von 1.201,50 Euro brutto. Geht man aber von einer 50prozentigen Teilzeitbeschäftigung aus, beträgt die Pensionsleistung nur noch 600,75 Euro (Beträge ohne Aufwertung durch die Lohnentwicklung).

### Beratung.

„In jungen Jahren werden sich Frauen vermutlich weniger mit dem Thema Altersarmut auseinandersetzen.“

Aber spätestens, wenn sich Heirat, Babypause und/oder Teilzeitbeschäftigung auf Einkommen auswirken, sollten sie sich in der AK erkundigen“, raten die Experten. „Mit einer Zukunftsplanung, die auf den konkreten Einzelfall abgestimmt ist, kann man gezielt vorbeugen. Sowohl arbeitsrechtliche, als auch sozialrechtliche Bestimmungen bieten viele Möglichkeiten.“

Bei der AK-Beratung werden die Ist-Situation erläutert, die Entwicklung der Pension auf Basis persönlicher Verhältnisse und Möglichkeiten besprochen und Wege aufgezeigt, mit denen man für eine höhere Leistung vorsorgen kann.

### Auf einen Blick:

- Das neue Pensionssystem gilt für alle, die ab dem 1. Jänner 1955 geboren sind. Ältere bleiben im alten System ohne Pensionskonto.
- Die Kontoerstgutschrift am 1. Jänner 2014 ist eine Momentaufnahme und stellt das „Startkapital“ auf Ihrem Pensionskonto dar. Danach werden Jahr für Jahr 1,78 % des Jahresbruttoeinkommens zusätzlich auf Ihr Konto gutgeschrieben und mit der jeweiligen Lohnentwicklung aufgewertet.
- Der kindererziehende Elternteil hat Anspruch auf Pensionskontogutschriften. Sie erhöhen sohin die zukünftige Pensionsleistung. Die Bemessungsgrundlage für Zeiten der Kindererziehung orientiert sich am durchschnittlichen Einkommen der Frauen. Im Jahr 2015 beträgt die Bemessungsgrundlage 1.694,39 Euro pro Monat. Umgerechnet in eine monatliche

Bemessungsgrundlage inklusive Sonderzahlung (x12/14) ergibt das einen Betrag von 1.452,33 Euro. Diese Bemessungsgrundlage wird zu einem etwaigen sonstigen Monatseinkommen hinzugerechnet.

• In Österreich gibt es keine Mindestpension. Wenn nur eine sehr niedrige Pension bezogen wird, kommt zusätzlich die Ausgleichszulage dazu. Diese steht Alleinstehenden mit einer monatlichen Pension unter 872,31 Euro zu, für Ehepaare im gemeinsamen Haushalt beträgt der Ausgleichszulagenrichtsatz 1.307,89 Euro (Werte für 2015). Achtung: Weitere Einkommen werden angerechnet.

• Nutzen Sie den AK Pensionsrechner auf [ak-tirol.com](http://ak-tirol.com) unter „Service/Rechner & Tools“. Sie können damit Ihre künftige Pensionhöhe abschätzen und die Auswirkungen verschiedener Einkommen oder eines vorzeitigen Pensionsantritts ausrechnen. <<

## AK BROSCHÜRE



Wer sich für detailliertere Informationen zum Thema „Frau und Pension“ interessiert, kann die neue AK Broschüre „Frauen und das neue Pensionskonto – Wie Arbeit und Familie Ihre

Pension beeinflussen“ anfordern. Telefonisch unter 0800/22 55 22 - 1616 oder heruntergeladen auf [ak-tirol.com](http://ak-tirol.com)

### INFOABEND INNSBRUCK

## Auszeit für die Weiterbildung

Bildungskarenz und Bildungsteilzeit sind beliebte Möglichkeiten, sich eine Auszeit für eine Weiterbildung zu nehmen. Wie es funktioniert und finanziert wird, erläutern Spezialisten des AMS im Detail am **Mittwoch, dem 11. März, um 19 Uhr in der AK Tirol in Innsbruck.**

Außerdem geht es beim kostenlosen Infoabend „Auszeit für Weiterbildung“ um das Fachkräftestipendium. Es bietet gering- und mittelqualifizierten Arbeitnehmern die Möglichkeit, sich in einem Mangelberuf bis zu drei Jahre ausbilden zu lassen. Bitte anmelden unter der Hotline 0800/22 55 22 - 1515 oder [bildung@ak-tirol.com](mailto:bildung@ak-tirol.com)

# Frauen haben in Tirol das Nachsehen

Einkommen. 2013 verdienten Frauen im Schnitt um fast 600 Euro weniger als Männer. Die Ursachen: Viele arbeiten in Teilzeit sowie in niedrig entlohnten Branchen bzw. Berufen.

Die Fraueneinkommen sind ein Feld heißer Debatten. So lag das monatliche Nettoeinkommen einer Tiroler Frau 2013 im Schnitt bei 1.026 Euro – und damit um 36 % hinter jenem der Tiroler Männer in Höhe von 1.612 Euro.

Der fast 600 Euro teure Unterschied pro Monat beruht vor allem auf zwei Ursachen: Erstens arbeiten Frauen viel häufiger in Teilzeit und zweitens oft in Berufen mit niedrigerem Einkommensniveau.

Während zwei Drittel der Tiroler Männer ganzjährig vollzeitbeschäftigt sind, trifft das nur auf 40 % der Frauen zu. Die Gründe sind vielfältig, Betreuungspflichten spielen jedoch die wesentliche Rolle.

**Handel und Tourismus.** Zudem sind Frauen häufiger im Dienstleis-

tungsbereich tätig. Je ein Fünftel von ihnen arbeitet im Handel bzw. Tourismus – also in Branchen, die auf das ganze Jahr gesehen ein selbst für Frauen unterdurchschnittliches Einkommensniveau aufweisen. Im Handel liegt es um 7,8 % unter dem weiblichen Durchschnittsverdienst in Tirol, im Tourismus sogar um 35,6 % darunter.

Aber auch bei ganzjähriger Vollzeitarbeit in gleichen Branchen hinken die Fraueneinkommen hinterher. In Industrie und Gewerbe verdienen Frauen rund 23 % weniger. Direkte Lohnbenachteiligung gegenüber Männern in gleichen Berufen spielt zwar eine gewisse, statistisch jedoch schwer zu erfassende Rolle. Laut Studien sind rund 8 % der Lohnunterschiede darauf zurückzuführen.



**Harte Fakten.** Fraueneinkommen liegen in Tirol um 36 % hinter jenen der Männer.

**Einstufung.** Fakt ist hingegen, dass Frauen und Männer oft verschiedene Betätigungsfelder besetzen.

Ein Beispiel gefällig? Während etwa in der Sachgüterproduktion Männer in gut entlohnten technischen Berufen zu finden sind, arbeiten Frauen in der meist geringer eingestuft Administration. Trotzdem fallen sie alle in der Statistik in die Branche „Sachgüterproduktion“.

Dennoch ist vielen nicht bewusst, wie entscheidend schon die Berufswahl für Einkommen und Lohnunterschiede ist: Zu den Top-Lehrberufen der Mädchen zählen Einzelhandel, Friseurin und Gastgewerbe – also Berufsbilder mit meist niedrigem Verdienst. Deshalb wäre eine noch offenere und breitere Berufswahl für alle ein wichtiger Schritt hin zur Angleichung. <<

## LANDECK UND WEERBERG

Wer weiter denkt,  
kauft näher ein



Wir Konsumenten sind gefordert: „Lebens“mittel statt weltweit herumgekarnter „Industrie“mittel, Klimakiller und Kilometerfresser; also besser gesunde Jause, heimische Handwerks- und Gewerbeprodukte. Setzen wir auf den regionalen Kreislauf. Unter dem Motto „Wer weiter denkt, kauft gesünder und näher ein“ informieren Ernährungsexpertin Mag. Angelika Kirchmaier und KR Fritz Gurgiser in der AK Landeck und im Veranstaltungssaal in Weerberg. Machen Sie sich schlau über gesunde Lebensmittel und die Vorteile regionaler Produkte.

**AK Landeck:** Di, 24. Februar, um 19 Uhr. Anmeldung erforderlich unter 0800/22 55 22 - 3450 oder landeck@ak-tirol.com.

**Weerberg, Veranstaltungssaal:** Di, 17. März, um 19 Uhr. Anmeldung unter 0800/22 55 22 - 3752 oder schwaz@ak-tirol.com

## VORTRAG AK TELFS

Steuer sparen,  
aber wie?

Sie haben doch sicher nichts zu verschenken. Aber trotzdem holt sich nur jeder dritte Steuerzahler sein Geld von der Finanz zurück. Dabei kann eine Gutschrift beim Steuerausgleich mehrere Hundert Euro bringen! Wer nicht genau weiß, wie es geht, oder noch ein paar praktische Tipps braucht, bekommt Hilfe zur Selbsthilfe beim Info-Vortrag „Steuer sparen, aber wie?“ am **Mi. 4. März, 19.30 Uhr, in der AK Telfs**. Sie werden überrascht sein, was man alles geltend machen kann. Anmeldung erforderlich unter der **Hotline 0800/22 55 22 - 3850** oder telfs@ak-tirol.com

# Vom Behindertenmobil, das keiner mehr wollte

**AK Erfolg.** Bei einem Haustürgeschäft wurde einem Paar ein 21.500-Euro-Gefährt eingeredet. Von der zugesagten Rücknahmemöglichkeit wollte die Firma nichts mehr wissen. Die AK half.

Vor Haustürgeschäften und bedrungen Verkaufstalenten kann gar nicht oft genug gewarnt werden, wie der Fall eines pensionierten Ehepaares eindringlich belegt: Ohne Hilfe der AK Tirol wäre es wohl auf einem unerwünschten 21.500 Euro teuren Behindertenmobil sitzen geblieben.

Begonnen hatte alles mit einer Zeitungsannonce für ein elektronisches Behindertenmobil. Schließlich beschlossen die Tiroler, den Anbieter der Spezialfahrzeuge zu kontaktieren, um unverbindlich Informationsmaterial anzufordern. Und damit nahm das Unglück seinen Lauf.

Die Preisliste in Händen, sahen die Eheleute zwar bald darauf den stolzen Preis von 22.000 Euro – und hakten das Projekt Behindertenmobil gleich wieder für sich ab. Nicht so aber der Anbieter, von dem sie ein halbes Jahr später kontaktiert wurden. „Dabei hat man angeboten, dass ein Mitarbeiter unverbindlich bei uns vorbei schauen würde, um uns ein neues Fahrzeug vorzustellen“, berichteten die Betroffenen den AK Konsumentenschützern.

Zunächst wurde gemeinsam ein Termin vereinbart, den die Tiroler aber wieder absagten, weil ein Kauf für sie gar nicht mehr in Frage kam.

**Überrumpelt.** Umso größer war die Überraschung, als der Mitarbeiter dann doch an besagtem Tag vor der Tür stand und den beiden nach allen Regeln der Kunst ein Behindertenmobil für 21.500 Euro aufschwatzte. Geschickt wischte der Verkäufer alle Gegenargumente vom Tisch. Auch als die Ehefrau massive Bedenken äußerte, ob sie mit dem Fahrzeug überhaupt zu recht komme. Betonte sie doch, dass sie keinen Führerschein besitzt, noch nie ein zweispuriges Fahrzeug gelenkt hat und deshalb im Straßenverkehr sehr unsicher ist.

**Leere Versprechen.** Da zerstreute der Mitarbeiter ihre Zweifel und beschwichtigte: Er werde mit ihr



**Schnelles Geld.** Bei Haustürgeschäften lauern viele Gefahren, die Konsumenten teuer zu stehen kommen können.

üben, versprach er, und das Fahrzeug gegebenenfalls auch zurückzunehmen.

Nach der Lieferung sollten sich alle Befürchtungen bewahrheiten. Die Ehefrau war als Lenkerin vollkommen überfordert, und bei ihrem Mann traten durch die Benützung des Fahrzeuges massive Rückenschmerzen auf. Also kontaktierten die Eheleute wie vereinbart den Anbieter und baten, das Gefährt doch wieder abzuholen. Doch dies wurde entgegen aller Zusagen ganz klar abgelehnt. In größter Verzweiflung wandten sich die Tiroler an die AK Konsumentenschützer, die

sie bei den weiteren Schritten unterstützen.

**3.200 Euro „Lehrgeld“.** In diesem Fall bedurfte es mehrerer Interventionen, denn die Firma zeigte zunächst keinerlei Interesse an einer konstruktiven außergerichtlichen Lösung. Schließlich konnte dann doch eine sehr positive und vor allem außergerichtliche Einigung erzielt werden: Das Unternehmen erklärte sich dazu bereit, das Fahrzeug gegen Rückzahlung eines Betrages von 18.300 Euro zurückzukaufen. <<

## AK TIPPS

Manche Unternehmer versprechen Kunden vielerlei, um sie zu einem Vertragsschluss zu bewegen. Später wollen viele nichts mehr von ihren Zugeständnissen wissen. Deshalb:

- Bestehen Sie darauf, Nebenreden schriftlich zu machen.
- Von Haustürgeschäften kann man seit 13. Juni 2014 jedenfalls binnen 14 Tagen nach Erhalt der Ware – ohne Angaben von Gründen – zurücktreten. Bei unterbliebener oder unzureichender Belehrung verlängert sich die Rücktrittsfrist auf längstens 12 Monate und 14 Tage. Für Verträge, die vor dem 13. Juni 2014 geschlossen wurden, gilt weiter die alte Rechtslage. Nach dieser kann man von Haustürgeschäften binnen einer Woche zurücktreten, sofern man den Vertragsschluss nicht selbst angebahnt hat. Bei fehlerhafter oder unterbliebener Belehrung wird der Lauf der Rücktrittsfrist gar nicht in Gang gesetzt.
- Erklären Sie Ihren Rücktritt schriftlich per Einschreiben mit Rückschein.

Sie erreichen die AK Konsumentenschützer unter **0800/22 55 22 - 1818**.

## Tiroler stöhnen unter Frankenkrediten

**Information.** Betroffene, denen eine rechtliche Einschätzung ihrer Situation am Herzen liegt, erreichen die AK Konsumentenschützer unter 0800/22 55 22 - 1818. Lesen Sie hier die wichtigsten Tipps.

Diese Entscheidung war für viele ein Schlag ins Gesicht: Seit die Schweizerische Nationalbank am 15. Jänner bekanntgab, dass sie den Euro-Mindestkurs von 1,20 Euro aufgehoben hat, laufen die Telefone heiß.

Für „Stop-Loss“-Geschädigte wird ein „Sammel-Schlichtungsverfahren“ angeboten. Details unter [www.ak-tirol.com](http://www.ak-tirol.com)

## AK Experten-Tipps:

- Vereinbaren Sie ein persönliches Gespräch mit dem zuständigen Bankberater. Dabei können weitere Vorgehensweisen und Szenarien hinsichtlich der gesamten Finanzierungssituation besprochen und berechnet werden. Bedenken Sie: Es gibt kein



**Verunsicherung** herrscht seit der Aufgabe des Euro-Mindestkurses von 1,20 Franken.

Patentrezept, dafür sind die einzelnen Vertragskonstellationen viel zu unterschiedlich!

- Für eine bestmögliche Entscheidung wird die Analyse der aktuellen Finanz- und Risikosituation empfohlen.

- Grundsätzlich darf es keine Zwangskonvertierungen bzw. Fälligkeiten bei noch laufenden Krediten geben. Fälligkeiten dürften nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen erfolgen, etwa wenn der Kreditnehmer mit den Zahlungen qualifiziert in Verzug gerät. Sollten Banken eine Konvertierung in Euro, zusätzliche Sicherheiten, zusätzliche Ko-

sten usw. verlangen, ist eine rechtliche Abklärung dringend anzuraten. Die AK Tirol hat bereits einige unzulässige Vertragsklauseln erfolgreich bekämpft!

- Werden von der Bank Vertragsänderungen vorgelegt, sollten Sie diese unbedingt prüfen bzw. von den AK Experten prüfen lassen. Generell gilt: Lassen Sie sich nicht unter Druck setzen!

- Falls Kreditnehmer nicht ordnungsgemäß oder falsch informiert wurden, müssen mögliche rechtliche Ansprüche im Einzelfall im Detail geprüft werden. <<

Infos zu Fremdwährungskrediten und Antworten auf die häufigsten Fragen, finden Sie auf [ak-tirol.com](http://ak-tirol.com) oder Sie rufen an unter **0800/22 55 22 - 1818**.

# 10

## Tipps zum Thema STEUER SPAREN

**Gut zu wissen.** Die AK hat für Sie die wichtigsten Informationen zusammengestellt: Vom Alleinverdiener- und Alleinerzieherabsetzbetrag über die Geltendmachung von Familienleistungen, die Absetzbarkeit bei Hausbau oder Wohnungskauf und beruflich veranlassten Ausgaben bis hin zum richtigen Abschreiben von Werbungskosten!



### TIPP 1: Arbeitnehmerveranlagung: Wann ist sie zu machen?

Man unterscheidet die freiwillige Arbeitnehmerveranlagung und die Pflichtveranlagung. Die freiwillige Veranlagung führt meist zu einer Gutschrift, sollte dies nicht der Fall sein, kann der Arbeitnehmer seine Veranlagung zurückziehen, aber eben nur in diesem Fall.

Eine **Gutschrift** ist immer zu erwarten, wenn nicht ganzjährig ein Einkommen bezogen wurde, beispielsweise bei Eintritt in das Berufsleben nach Ausbildung, im Todesfall, bei Unterbrechung aufgrund Karenz oder wenn Freibeträge und Absetzbeträge geltend gemacht werden können. Geringverdiener (Ausnahme: Pensionisten und freie Dienstnehmer) erhalten 10 % (max. € 110,-) bzw. 18 % (max. € 400,- bei Pendlerpauschale) der bezahlten Sozialversicherungsbeiträge als sogenannte Negativsteuer retour. Der Alleinverdiener- und -erzieherabsetzbetrag wird ebenso als Negativsteuer im Falle von nur geringem oder überhaupt keinem Einkommen ausbezahlt. Die freiwillige Arbeitnehmerveranlagung ist rückwirkend für fünf Jahre möglich.

Eine **Pflichtveranlagung** ist u. a. immer dann durchzuführen, wenn von zwei oder mehreren Arbeitgebern parallel Lohn bezogen wurde, ebenso bei Bezug von Krankengeld oder Insolvenzausfallgeld, Einkünften (Pensionen) aus dem Ausland, und wenn Freibeträge und/oder Absetzbeträge zu Unrecht während des Jahres bezogen wurden. Eine Pflichtveranlagung muss bis spätestens 30. September beantragt werden, bei ausländischen Pensionen bis spätestens 30. April.

### TIPP 3: Alleinverdiener- und Alleinerzieherabsetzbetrag

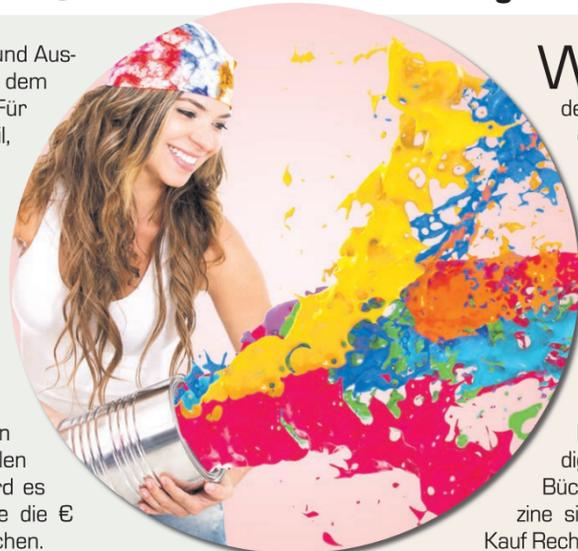
Den Alleinverdienerabsetzbetrag (AVAB) können Sie geltend machen, wenn Ihr Ehepartner bzw. Lebensgefährte mit dem Jahreseinkommen nicht über € 6.000,- lag und zumindest für ein Kind mehr als 6 Monate die Familienbeihilfe bezogen wurde. Wenn keine Kinder (mehr) mit Familienbeihilfe vorhanden sind und der Partner jährlich mit dem Einkommen nicht über € 2.200,- lag, kann der erhöhte Pensionistenabsetzbetrag geltend gemacht werden, sofern die Pension nicht mehr als € 2.195,- brutto monatlich beträgt (im Jahr 2011 unter € 1.150,-; im Jahr 2012 bis € 1.750,-).

Waren Sie alleinstehend und haben für mindestens ein Kind mehr als 6 Monate im Kalenderjahr die Familienbeihilfe bezogen, so erhalten Sie den Alleinerzieherabsetzbetrag. Diese Absetzbeträge sind mit dem Formular L1 zu beantragen und stehen auch dann zu, wenn nur ein geringes oder überhaupt kein Einkommen vorhanden war: In diesem Fall werden diese als Negativsteuer ausbezahlt (bei einem Kind € 494,-, bei zwei Kindern € 669,-, für jedes weitere Kind um € 220,- mehr). Jedenfalls sind diese auch dann beim Jahresausgleich anzukreuzen, wenn sie bereits beim Arbeitgeber berücksichtigt worden sind.



### TIPP 2: Geltendmachen von Familienleistungen

Die besonderen Freibeträge und Ausgaben für Kinder sind mit dem Formular L1k zu beantragen. Für jedes Kind muss jeder Elternteil, sofern Lohnsteuer bezahlt wird und sich die Freibeträge auswirken, jeweils ein eigenes Formular abgeben. Bei den Kinderfreibeträgen handelt es sich um pauschale Freibeträge, bei denen die einzige Voraussetzung ist, dass Familienbeihilfe für mehr als sechs Monate in diesem Kalenderjahr bezogen wurde. Alleinverdiener kreuzen den Betrag von € 220,- an, zahlen beide Elternteile Lohnsteuer, wird es sich lohnen, dass beide die € 132,- geltend machen.



**Alleinerzieherinnen bzw. Allein-erzieher** kreuzen ebenfalls den Betrag von € 132,- bzw. die höheren € 220,- an, sofern der Unterhaltszahler keinen Kinderfreibetrag beantragt. Unterhaltsverpflichtete, die tatsächlich die Alimente in der vorgeschriebenen Höhe bezahlen, beantragen den Unterhaltsabsetzbetrag und den Kinderfreibetrag von € 132,-.

**Kinderbetreuungskosten** sind in der tatsächlichen Höhe bis zu einem Betrag von € 2.300,- jährlich und für Kinder bis zum zehnten Lebensjahr abzugsfähig. Hat man für drei oder mehr Kinder Familienbeihilfe bezogen, kann der Mehrkindzuschlag mittels Formular L1 beantragt werden, sofern das Familieneinkommen unter € 55.000 gelegen ist.

### TIPP 4: Beruflich veranlasste Ausgaben

**W**erbungskosten sind Kosten, die im Zusammenhang mit der Berufsausübung anfallen, diese können daher nur Arbeitnehmer, nicht Pensionsbezieher (Ausnahme: Beiträge zu Pensionistenorganisationen) absetzen.

**Beruflich genutzter Computer:** 40 % Privatanteil abziehen, die verbleibenden 60 % auf 3 Jahre verteilen.

**Fachliteratur:** Beruflich notwendige Literatur. Allgemeinbildende Bücher, Lexika, Wirtschaftsmagazine sind nicht absetzbar. Daher bei Kauf Rechnung mit Titel aufbewahren!

**Reisekosten:** Für Dienstreisen, bei denen nicht das volle amtliche Kilometergeld durch den Arbeitgeber ersetzt wurde, kann die Differenz geltend gemacht werden (gilt nicht für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte > Pendlerpauschale!). Das amtliche Kilometergeld beträgt seit 1.7.2008 € 0,42,-.

**Doppelte Haushaltsführung, Familienheimfahrten:** Wenn die Arbeitsstelle so weit entfernt liegt, dass die tägliche Heimkehr nicht zumutbar ist; wenn ein Nachzug des Partners nicht möglich ist (weil der Partner selbst berufstätig ist oder Kinder aufgrund Schulbesuchs nicht umziehen können); die Heimfahrten sind limitiert mit monatlich € 306,-.

**Umzugskosten:** nicht für privaten Umzug, aber für Umzug aufgrund Wechsel des Arbeitsplatzes, Versetzung oder Vermeidung eines unzumutbar langen Arbeitsweges.

**Fortbildungs-, Ausbildungs-, Umschulungskosten:** siehe unter Tipp 5

**Arbeitskleidung:** nur spezielle Arbeitskleidung, die man in der Regel privat nicht trägt, z. B. mit Firmenaufschrift, Monteur-, Maleranzug, Sicherheitsschuhe.

**Betriebsratsumlage (BU):** Im Gegensatz zum Gewerkschaftsbeitrag mindert die BU nicht schon beim Lohnabzug die Lohnsteuer und muss daher jedenfalls im Jahresausgleich beantragt werden.

**Pauschale für bestimmte Berufsgruppen:** z. B. Vertreterpauschale: Es werden 5 % der Jahres-Bruttobezüge, max. € 2.190,- als Freibetrag anerkannt.

**TIPP 5: Werbungskosten richtig abschreiben**

**Fortbildungs-, Ausbildungs-, Umschulungskosten:** Kosten, die mit einer ausgeübten oder verwandten Berufstätigkeit in Zusammenhang stehen (z. B. Aufwendungen für eine Werkmeisterschule oder Meisterprüfung, Aufwendungen eines Elektrikers für den Besuch der HTL, Kosmetikkurs für eine Friseurin, Erwerb des C-Führerscheins, Kosten für Universität oder Fachhochschule, sofern Zusammenhang mit dem Beruf gegeben ist).

- Maßnahmen, die grundsätzlich kaufmännische oder bürotechnische Kenntnisse vermitteln (z. B. Einstiegskurse für EDV, Erwerb des europ. Computerführerscheins, Buchhaltungskurse), unabhängig davon, ob ein Zusammenhang mit der ausgeübten oder verwandten Berufstätigkeit besteht.

- **Abzugsfähig sind:** Kurskosten, Literatur, Skripten; zusätzliche Fahrtkosten, sofern Ausbildungsort und Arbeitsort nicht ident sind (z. B. Kilometergelder); Tagesgelder: € 2,20,- für jede angefangene Stunde, max. € 26,40,- pro Tag. Die Entfernung muss weiter als 25 km sein; jedoch nur die ersten 5 Tage bei regelmäßigen Besuch, ansonsten 15 Tage im Kalenderjahr; Nächtigungsgelder: die tatsächl. Kosten, wenn kein Beleg vorhanden: € 15,- Pauschale.

- **Nicht abzugsfähig:** Kurse, die der privaten Lebensführung zuzuordnen sind (z. B. Rhetorikkurse, NLP-Kurse).

- Seit dem Jahr 2013 gibt es den **Pendlereuro**, der immer dann beantragt werden kann, wenn auch das Pendlerpauschale zusteht; er beträgt € 2,- je km der einfachen Wegstrecke.



**TIPP 7: Absetzbarkeit bei Hausbau oder Wohnungskauf**

Die Kosten für den Bau eines Hauses oder für den Erwerb einer neugebauten Wohnung (Erstbezug!) sind als Sonderausgaben absetzbar (Randziffer 456 im Formular L1). Als Höchstbetrag werden € 2.920,- anerkannt, als Alleinverdiener oder -erzieher € 5.840,-. Man kann in weiterer Folge jedes Jahr die Rückzahlung des Darlehens geltend machen so lange das Darlehen läuft und Rückzahlungen getätigt werden (Bei Fremdwährungsdarlehen nur die Zinszahlungen, nicht die laufenden Ansparungen für die Tilgung am Laufzeitende). Zu Beginn der Finanzierung kann man die angesparten und für den Kauf oder Hausbau verwendeten Eigenmittel absetzen, wiederum nur bis zur Höchstgrenze. Bei gebrauchten Wohnungen ist der Kauf nicht absetzbar, jedoch eine etwaige Sanierung, die ja bei gebrauchten Wohnungen

durchaus denkbar ist (z. B. Wärmedämmung, neue Heizung, neue Fenster, neue Wohnungseingangstür, neue Bad- bzw. WC-Installationen). Nicht hingegen: neuer Bodenbelag, neue Küche oder Einrichtungen generell. Nur wenn der Vorbesitzer einer Wohnung diese abschreiben konnte und die Darlehen übernommen werden, sind diese auch bei einem Zweitkauf abzugsfähig.



**TIPP 9: Ausgaben für Behinderungen**

Wenn man entweder selber, der Ehepartner (Verdienst unter € 6.000) oder die Kinder eine Behinderung aufweisen, kann man diese Mehrkosten bei der Arbeitnehmerveranlagung geltend machen. Voraussetzung ist, dass man im Jahr mehr als € 12.000 verdient hat und Lohnsteuer anfällt. Hat eine dieser Personen eine mindestens 25%ige Behinderung beziehungsweise Erwerbsminderung, fällt bei den Ausgaben kein steuerlicher Selbstbehalt an. Liegt die Behinderung unter 25 %, fällt vom Einkommen ein Selbstbehalt an, der in der Regel einen Monatsgehalt bzw. eine Monatspension ausmacht, nur darüber liegende Kosten ergeben eine Steuerersparnis.

Typische behindertenbedingte Ausgaben sind: Arzt- und Therapiekosten, Medikamente, Ausgaben für Hilfsmittel, wie Hörgeräte oder Rollstühle. Diese genannten Ausgaben werden zusätzlich zu den pauschalen Freibeträgen und zusätzlich zu einem allenfalls erhaltenen Pflegegeld gewährt. Wichtig ist, dass diese Ausgaben in der Zeile 476 eingetragen werden und nicht bei den allgemeinen Krankheitskosten. Wird für ein Kind die erhöhte Familienbeihilfe gewährt, steht ein monatlicher Pauschalbetrag von € 262,- zu (Formular L1k), dieser vermindert sich um den Bezug des Pflegegeldes.

**TIPP 10: Anmelden für AK Steuer-Spartag: 0800/22 55 10**

Wenn Sie mit der Arbeitnehmerveranlagung alleine nicht zurechtkommen oder speziellere Fragen haben, können AK Mitglieder zu den Steuer-Spartagen in die AK Innsbruck oder in eine AK Bezirkskammer kommen.

**DIE TERMINE**

- AK Innsbruck: Mi und Do, 4. und 5. März
- AK Imst: Di, 10. März
- AK Kitzbühel: Mi, 11. März
- AK Lienz: Do, 12. März
- AK Reutte: Mo, 16. März
- AK Telfs: Mi, 18. März
- AK Landeck: Do, 19. März
- AK Schwaz: Di, 24. März
- AK Kufstein: Do, 26. März

**ANMELDE-HOTLINE**

Unter der Gratis-Telefonnummer **0800/22 55 10** können Sie ab sofort Ihren ganz persönlichen Steuertermin vereinbaren. Vergessen Sie nicht, alle notwendigen Unterlagen mitzunehmen sowie einen Ausweis für die Pin-Code-Vergabe, falls die Online-Variante durchgeführt werden soll.

**Achtung:** Beratung nur zu nichtselbstständigen Einkünften, NICHT zu Mieteinkünften bzw. NICHT für Gewerbescheinhaber (Mehr dazu finden Sie auf [ak-tirol.com](http://ak-tirol.com)).

**TIPP 6: Versicherungen und Kirchenbeitrag**

Abreibbar sind nur reine Personenversicherungen, wie Unfallversicherung, freiwillige Krankenzusatzversicherung, Autoinsassenversicherung oder Lebensversicherungen, sofern für diese eine entsprechende Bestätigung der Versicherung für das Finanzamt vorliegt. Nicht akzeptiert werden Sachversicherungen (wie Haushalts-, Feuer-, Kfz- oder Haftpflichtversicherungen). Zusammen mit den Kosten der Wohnraumschaffung gilt hier eine Obergrenze von € 2.920,-, als Alleinverdiener das Doppelte. Sonderausgaben kann man auch für den Ehegatten oder für Kinder, für die man die Familienbeihilfe bezieht, absetzen.

**Zur Lebensversicherung:** Immer abreibbar ist sie, wenn sie vor dem 1.6.1996 abgeschlossen worden oder eine reine Ablebensversicherung ist (Abschlussdatum egal), z.B. zur Absicherung für ein Darlehen. Bei Abschluss ab dem 1.6.1996 nur abreibbar, wenn man ein Wahlrecht hat, die Auszahlung in einer Einmalzahlung bzw. in monatlichen lebenslangen Renten zu erhalten (und auch tatsächlich die Rentenform dann wählt). Die Versicherungsunternehmen dürfen nur Bestätigungen für das Finanzamt ausstellen, wenn sie auch abreibbar sind.

**Der Kirchenbeitrag** ist bis zu € 400,-, seit dem Jahr 2009 sind auch Spenden an mildtätige Organisationen (bis zu 10 % des Vorjahreseinkommens) absetzbar. Spenden an Umweltorganisationen, Tierheime sowie an freiwillige Feuerwehren können erstmalig für das Jahr 2012 geltend gemacht werden.



**TIPP 8: Außergewöhnliche Belastungen**

Zu den wichtigsten außergewöhnlichen Belastungen zählen **Krankheitskosten** einschließlich Kosten für Zahnersatz, Zahnspangen, Brillen, Linsen, Kurkosten usw. Diese können für den Steuerpflichtigen selber, für den Ehepartner, wenn dessen Einkommen € 11.000,- im Jahr nicht übersteigt, sowie für Kinder berücksichtigt werden. Allerdings muss ein steuerlicher Selbstbehalt überstiegen werden, der bis zu 12 % des Jahreseinkommens (Faustregel: ein Bruttomonatsgehalt) ausmacht. Ohne Selbstbehalt sind unter anderem folgende außergewöhnliche Belastungen zu berücksichtigen: Pauschale Freibeträge von € 110,- pro Monat für auswärtige Berufsausbildung von Kindern und Schäden durch **Hochwasser**.

Absetzbar sind nicht nur die Beseitigung der unmittelbaren Katastrophenschäden und die Sanierung beschädigten Vermögens, sondern auch die Ersatzbeschaffung zerstörter Gegenstände (z. B. Möbel, Teppiche, Haushaltsgeräte, Unterhaltungselektronik, Spielwaren, Werkzeuge, Bekleidung, Zeitwert eines Pkw!). Als Grundlage gelten die durch die Gemeinden aufgenommenen Niederschriften. Das Erbringen eigener Arbeitsleistung ist nicht absetzbar. Sämtliche Zuschüsse, wie Subventionen, Katastrophenfondszahlungen, Spenden oder Versicherungsleistungen kürzen den absetzbaren Aufwand.



# Sichere Pensionen statt Panikmache

**Offen gesagt.** Mit Horrorszenarien wird Stimmung gegen unser Pensionssystem gemacht. Dabei sind die Pensionen der Arbeitnehmer zu 93 Prozent aus Eigenbeiträgen gedeckt – im Gegensatz zu jenen anderer Gruppen.



nur zu etwa 53 %, bei denen der Bauern nur zu etwa 8 %, u. a. deswegen, weil dort die Beitragssätze niedriger sind. Die AK verlangt daher: Alle Berufsgruppen sollen gleich viel in die Pensionsversicherung einzahlen.

**Zahlen auf den Tisch.** Der AK Präsident fordert von der Regierung, künftig alle gesetzlichen Pensionsausgaben auf den Tisch zu legen. „Dabei zeigt sich nämlich, dass es keinen Grund zur Panikmache gibt. Wer alle Altersausgaben, also Pensionsversicherung und Beamtenpensionen insgesamt betrachtet, sieht, dass die Staatsausgaben für die Alterssicherung nur leicht steigen werden.“

**Private Vorsorge.** Hinter vielen Horrorszenarien stecken beinährte wirtschaftliche Interessen, etwa wenn Versicherungsunternehmen für mehr private Vorsorge trommeln. „Wer ohnehin ein kleines Einkommen hat, kann sich keine private Vorsorge leisten“, sagt Zangerl. „Dazu kommt, dass private Vorsorge bei weitem nicht so sicher ist, das hat die Finanzkrise gezeigt. Das angesparte Pensionskapital kann sehr rasch seinen Wert verlieren. In einem starken staatlichen System sind die Pensionen viel sicherer.“ <<

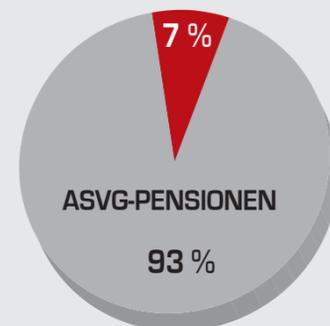
Pensionen keineswegs dramatisch. Das bewirken vor allem die vielen bereits durchgeführten Pensionsreformen“, sagt Zangerl.

**Gleiche Leistungen.** Die AK sieht vor allem die Pensionssysteme der Bauern und Selbstständigen am Prüfstand. Während die ASVG-Pensionen der Arbeitnehmer zu rund 93 % aus Eigenbeiträgen gedeckt sind, gilt das bei den Pensionen der Selbstständigen

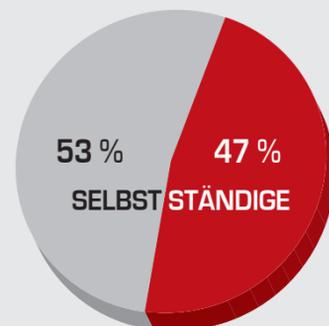
In regelmäßigem Abstand wird unser Pensionssystem das Ende vorausgesagt. Es stimmt, die Menschen leben länger. Das ist gut so. Die Aufgabe der Politik ist es, das Pensionssystem so zu gestalten, dass sie in Würde lange leben können“, sagt AK Präsident Erwin Zangerl. „Unnötige Panikmache ist das Letzte, was wir dazu brauchen. Auch wenn die Bevölkerung altert, sind die erwarteten Kostensteigerungen für die staatlichen

## NACHGERECHNET

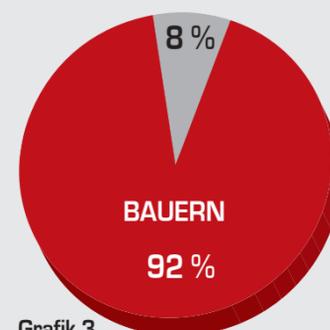
### Zuschüsse ungleich gewichtet



Grafik 1



Grafik 2



Grafik 3

**Ungleich.** Während der Staat die ASVG Pensionen zu 7 % mitfinanziert, weil 93 % aus Eigenbeiträgen stammen (Grafik 1), muss die öffentliche Hand bei den Unternehmern 47 % (Grafik 2) und bei den Bauern gar 92 % (Grafik 3) zuschießen!

■ staatliche Zuschüsse  
■ Eigenleistungen

## GUT ZU WISSEN

### Arbeitsplätze bringen Beiträge



Foto: Tunedin/Fotolia.com

Die eigentliche Herausforderung in der Pensionsdebatte heißt: Ausreichend Arbeitsplätze für Ältere und für Frauen sichern und schaffen. Das erhöht die Zahl der Beitragszahler und sichert langfristig unser exzellentes Pensionssystem. Für Frauen ist ein gutes Kinderbetreuungsangebot der Schlüssel. Damit mehr Ältere arbeiten können, hat die AK im Regierungsprogramm erreicht, dass ein „Bonus-Malus-System“ kommen soll: Betriebe, die Ältere beschäftigen, werden mit einem Bonus belohnt. Betriebe, die das nicht tun, sollen einen Malus ins System einzahlen. Doch die Wirtschaft sträubt sich gegen diesen grundvernünftigen und gerechten Vorschlag.

**AK Profis helfen.** Vom Arbeitsleben in den Ruhestand zu treten, ist für viele Beschäftigte schwer genug. Dabei helfen die Profis der AK mit Beratung, Information und notfalls kostenloser Vertretung vor Gericht. Immerhin bei 2.000 solcher Verfahren pro Jahr wird die Hilfe der AK Juristen nötig.

**AK Hotline Pension:**  
Tel 0800/22 55 22 - 1616  
oder aktirol.com

Weitere Infos gibt es direkt bei der Pensionsversicherungsanstalt oder auf pensionsversicherung.at

# AK Fraktionen: Beschäftigte brauchen Sicherheit im Alter

## LISTE ERWIN ZANGERL, AAB-FCG

### Erwin Zangerl, AK Präsident



Bestimmte Kreise aus Politik und Wirtschaft malen den drohenden Bankrott unseres Pensionssystems an die Wand, um den Boden für weitere Pensionskürzungen vorzubereiten. Verschwiegen wird jedoch die Tatsache, dass der Staat für das Pensionssystem der Arbeitnehmer den geringsten Beitrag leistet: Gerade 7 % bei den reinen Pensionsleistungen.

Parallel dazu wird bei den Beschäftigten Zukunftsangst geschürt, wonach die staatliche Pension nicht mehr sicher sei und man privat vorsorgen sollte. Aber welcher Arbeitnehmer kann sich für die Privatvorsorge mehrere Hundert Euro im Monat leisten, noch dazu, da sich diese Anlageform als wenig sicher herausgestellt hat. Fakt ist: Es gibt kein besseres System als die Stabilität des staatlichen Umlageverfahrens. Die Hauptprobleme sind derzeit die hohe Arbeitslosigkeit, wodurch wichtige Beiträge ausfallen, sowie das Sinken der Lohnquote bei gleichzeitigem Zuwachs der Kapitaleinkommen. Hier muss endlich der steigende Anteil der Kapitaleinkommen zur Finanzierung der öffentlichen Pensionen herangezogen werden. <<

## GRÜNE IN DER AK

### Helmut Deutinger, Fraktionsvorsitzender



Die einzig wirklich sichere Pension ist die staatliche Pension! Jede private Vorsorge beruht letztlich nur auf Versprechungen und Prognosen. Aktuell muss der Staat bei den 2 Millionen Pensionen der unselbständig Erwerbstätigen 7 % zuschießen, bei den Bauern 92 % und bei den Selbstständigen 47 %. Mit den eingeleiteten Reformen im Pensionssystem, die zu greifen beginnen, und einer normalen wirtschaftlichen Entwicklung ohne große Katastrophen sind die Pensionen jedenfalls bis 2060 gesichert.

Natürlich versuchen Banken und Versicherungen mit Kampagnen die Menschen zu verunsichern, um Geschäfte zu machen. Es genügt aber ein Blick in die Geschichte und in andere Länder, wo sich die Privaten längst verabschiedet haben und der Staat noch lange Pensionen gezahlt hat und zahlt. Die Pensionshöhen werden zwar zurückgehen. Dies kann aber, so man es sich leisten kann und will, mit privater Vorsorge oder der sehr sicheren freiwilligen Höherversicherung im staatlichen Pensionssystem ausgeglichen werden. Reformen im Pensionssystem werden immer wieder notwendig werden, aber es besteht kein Grund zur Panik. <<

## SOZIALDEMOKRATISCHE GEWERKSCHAFTERINNEN

### Günter Mayr, Fraktionsvorsitzender



Wir alle bekennen uns voll zur Zielsetzung der Anhebung des faktischen Pensionsalters. Aber dafür braucht es Maßnahmen, um ältere Menschen im Erwerbsleben zu halten, wie etwa das von der Wirtschaft nach wie vor blockierte Bonus-Malus-Modell. Was wir sicher nicht brauchen, ist eine Pensionsautomatik. Junge Menschen wären die großen Verlierer. Damit würde man ihre Pensionen nicht sichern, sondern kürzen. Ein späteres gesetzliches Regelrentenalter hätte für viele höhere Abschläge zur Folge, die zu massiven Pensionseinbußen führen würden. 77 % der unter 30-Jährigen lehnen die Automatik ab. Die Unternehmen sollen zur Etablierung altersgerechter Arbeitsbedingungen verpflichtet werden und die arbeitsweltbezogene Prävention verbessern. Der Anspruch auf berufliche Rehabilitation soll auf Personen ohne Berufsschutz ausgeweitet werden. Wir fordern ein klares Bekenntnis zum bestehenden leistungsdefinierten Pensionskonto mit verbindlichen Aussagen zur künftig zu erwartenden Pensionshöhe und eine Absage an ein beitragsdefiniertes System, in dem diese unberechenbar bliebe. <<

## FREIHEITLICHE ARBEITNEHMER IN DER AK

### Franz Ebster, Fraktionsobmann



Im Jahr 2060 wird das Verhältnis Arbeitnehmer:Pensionist 1:1 betragen. Trotz aller Prognosen von Experten, die auch für die nähere Zukunft Probleme des Pensionssystems sehen, verkündet Sozialminister Hundsdoerfer den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern: „Die Pensionen, auch in der Zukunft, sind gesichert.“ Unser Sozialminister erwähnt dabei aber nichts zur Höhe der Pensionen. Jeder, der seinen Pensionsbescheid bekommen hat, kann sich ausrechnen, wie weit er damit seinen Unterhalt bestreiten kann. Für viele wird das kaum mehr möglich sein. In Tirol mit niederen Einkommen und hohen Lebenshaltungskosten besteht die Gefahr der Altersarmut. Um sichere Pensionen für unsere Beschäftigten zu gewährleisten, braucht es den Mut zum Handeln, braucht es den Mut der Politik, jetzt Reformen anzugehen. Viele angehäuften Pensionsprivilegien in staats- oder landesnahen Gesellschaften gehören abgeschafft. Öffentliches Geld, Steuern, von uns bezahlt, dürfen nicht durch unmoralische Pensionsverträge, etwa bei der Nationalbank mit bis zu 30.000 Euro pro Monat, verschleudert werden. <<

# Verkehrslärm nervt am stärksten

**Lärmhölle.** Die Tiroler fühlen sich am meisten vom Verkehrslärm gestört. Vor allem entlang der Landesstraßen und Autobahnen kommt es zu massiven Überschreitungen. Das zeigen die Lärmkarten, die im Internet abrufbar sind.



**Zu laut.** Die Tiroler fühlen sich, hier am Beispiel Völs bis Zirl, am meisten vom Verkehrslärm gestört: **Grafik 1** Belastung durch Fluglärm, **Grafik 2** Belastung durch Landesstraßenverkehr, **Grafik 3** Belastung durch Eisenbahnlärm, **Grafik 4** Belastung aufgrund von Autobahnlärm. Je dunkler die Farbe, desto größer die Belastung.

■ < 75 dB ■ 70-75 dB ■ 65-70 dB ■ 60-65 dB ■ 55-60 dB

**D**ie Tiroler empfinden Lärm als das vordringlichste Umweltproblem. Vor allem der Verkehr wird als Hauptverursacher Nummer eins wahrgenommen. Lärm führt zu Bluthochdruck, steigert das Herzinfarkt- und Schlaganfallrisiko. Diese Daten und eine Vielzahl weiterer interessanter Details finden sich im Tiroler Lärmbericht.

**Kaum Entlastung.** Die Karten dort zeigen es deutlich: Gerade entlang der Verkehrsachsen müssen die Bewohner tagtäglich eine wahre Lärmhölle ertragen. Doch von Entlastungsmaßnahmen ist für die Betroffenen oft nur wenig zu spüren. Ob Tiroler-, Brenner-, Fernpass- oder Achensee-Straße, die Bewohner entlang dieser Strecken und Ortsdurchfahrten wissen ein Lied davon zu singen. Ganz zu schweigen von den Autobahnen und Schnellstraßen. Bedingt durch die Vignettenflucht sowie Tempo 100 auf

der Autobahn, nimmt der Verkehr auf den Ausweichrouten deutlich zu, zuletzt der Anrainer.

**Selbst kontrollieren.** Aufgrund der EU-Umgebungsärmrichtlinie sind Bund und Länder dazu verpflichtet, Maßnahmen gegen übermäßige Lärmbelastung zu setzen. Dazu gehört das Erstellen von Lärmkarten, in denen die von Umgebungslärm betroffenen Gebiete und die Zahl der dort wohnhaften Menschen ermittelt werden. Diese Lärmkarten werden aufgrund des Verkehrs auf Autobahnen und Schnellstraßen, verkehrsreichen Landesstraßen, Eisenbahnen und Flughäfen dargestellt und sind im Internet unter [laerminfo.at](http://laerminfo.at) abrufbar.

Erschwert wird die Lärminformation dadurch, dass Autobahnen und Schnellstraßen, Landesstraßen, Schienen- oder Flugverkehr sich jeweils nur in separaten Karten befinden. Eine

Karte über die Gesamtlärmbelastung sucht man vergeblich.

**Unterschiedliche Werte.** Die Schwellenwerte für lärmbelastete Gebiete liegen bei 60 Dezibel (dB) am Tag und 50 dB in der Nacht für Straßen. Für Flughäfen liegen diese Schwellenwerte um 5 dB höher, für die Eisenbahn um 10 dB.

**Lautes Tirol.** Gemäß diesen Lärmplänen leben in Tirol „nur“ 8.320 Personen in Gebieten, in denen die Schwellenwerte aufgrund des Lärms durch Autobahnen und Schnellstraßen überschritten werden. Wesentlich höher ist die Zahl der Betroffenen entlang der Landesstraßen. Inklusiv dem Innsbrucker Straßennetz leiden sogar 54.000 Personen an Lärmbelastung über den Schwellenwerten.

**Innsbruck, Zirl, Hall.** Mit 16.300 Personen sind die meisten

von ihnen in Innsbruck zu finden. In Zirl, Hall und Kitzbühel sind mehr als 2.000 Personen betroffen. Entlang der Schienenwege wurde die Zahl der Lärmgeplagten mit 16.000 berechnet. Dies zeigt, dass vor allem die Landesstraßen die höchsten Lärmbelastungen verursachen.

Nicht ausgewiesen ist die Zahl an Personen, die durch mehrere dieser Lärmquellen beeinträchtigt sind. Dabei werden Belastungen auf dem untergeordneten Straßennetz mit einem jährlichen Verkehrsaufkommen von weniger als drei Millionen Fahrzeugen nicht einmal berechnet.

**Kaum Rechte.** Ein wichtiger Kritikpunkt ist die Tatsache, dass die Personen, die in Gebieten mit Schwellenwertübertretungen leben, keine direkten Rechte aus diesen Karten ableiten können.

Die Karten dienen in erster Linie der Politik als Handlungsgrundlage,

da sie verpflichtet ist, für die Lärmgebiete Maßnahmen zu setzen, um die Belastung zu senken. Das Land hat hierzu einen Aktionsplan zu erstellen, der im Dezember 2014 veröffentlicht wurde. Neben Unterstützungen zum Fenstertausch sind darin vor allem Maßnahmen zum öffentlichen Verkehr zu finden.

**Maßnahmen setzen.** Die wirkungsvollste Maßnahme, um die Bevölkerung vor Lärm zu schützen, sind bauliche Maßnahmen wie Lärmschutzwände und Umfahrungen. Hierzu sind im Aktionsplan jedoch lediglich die neu errichteten Umfahrungen für Heiterwang und Söll, die Bauarbeiten in Ellmau und die Planungen für Scharnitz angeführt. <<

Unter [laerminfo.at](http://laerminfo.at) kann jeder Tiroler die Lärmbelastung seiner Wohnumgebung einsehen.



Gerade im Gastgewerbe fallen oft viele Überstunden an. Das muss sich am Saisonende schon lohnen.

## Achtung im Tourismus: Ansprüche verfallen schnell

**Wintersaison.** Derzeit herrscht Hochbetrieb im Tourismus. Wenn aber die Endabrechnung nicht stimmt, heißt es schnell reagieren.

**P**etra ist Kellnerin in einer Skiregion. Sie kann gut mit Stress umgehen, ist immer freundlich und arbeitet gern. Sie weiß auch genau, was in der Wintersaison auf sie zukommt. Überstunden sind an der Tagesordnung, das lohnt sich dann zu Saisonende. Aber nur, wenn die Endabrechnung auch wirklich passt. Und da hat Petra schon ihre Erfahrungen gemacht. In ihrer ersten Wintersaison vor zwei Jahren hatte die Abrechnung bei weitem nicht gestimmt. Viel weniger als vereinbart hatte sie bekommen, viele ihrer vom Chef angeordneten Überstunden waren gar nicht abgegolten. Da Petra sich nicht genau auskannte, hatte sie sich damals bei der Arbeiterkammer gemeldet und nachgefragt. Und das war ihr Glück.

**Schnell reagieren.** Dort erfuhr sie nämlich, dass sie ihre Ansprüche unbedingt innerhalb von vier Monaten bei ihrem Arbeitgeber schriftlich geltend machen muss! So steht es ganz

deutlich im Kollektivvertrag für das Gastgewerbe. Petra hatte damals mithilfe der AK ihr ganzes Geld bekommen. Sie war klug genug gewesen, ihre Arbeitszeiten samt Überstunden täglich genau zu notieren. Und ihr Ex-Chef hatte ganz freimütig zugegeben, dass er mit den Abrechnungen in dieser Saison etwas schlampig gewesen sei. Deshalb war er ohne weiter Umschweife bereit gewesen, alles abzugelten.

Und heute weiß Petra ganz genau: Egal wie hart die Saison ist, zur Sicherheit führt sie täglich eigene Aufzeichnungen. Sie notiert Arbeitszeiten, Überstunden und freie Zeiten Tag für Tag fein säuberlich. Das erweist sich oft als besonders hilfreich, wenn es später Unstimmigkeiten über die geleisteten Stunden gibt. Und auch wenn sie sich nach Ende der harten Saison nichts sehnlicher wünscht, als endlich selbst Urlaub zu machen, kontrolliert sie immer gleich nach Erhalt ihre Endabrechnung. Und zwar anhand der eigenen Aufzeichnungen, soviel Zeit muss sein.

Seither hat immer alles gepasst. Aber man weiß ja nie ...

**Der AK Tipp.** Zur Sicherheit sollten Beschäftigte im Gastgewerbe nicht zu lange warten, wenn sie ihre Lohn- und Gehaltsabrechnung überprüfen lassen wollen. Denn die Ansprüche verfallen bereits nach vier Monaten. Also auf keinen Fall diese Verfallsfrist versäumen und Ansprüche unbedingt schriftlich beim Arbeitgeber geltend machen! Am besten während der Saison Buch über die geleisteten Arbeitsstunden mit Anmerkungen führen. Denn nur so lässt sich die Abrechnung auch wirklich überprüfen. Formulare zur Arbeitsaufzeichnung gibts auf [ak-tirol.com](http://ak-tirol.com) <<

Bei Fragen stehen AK-Experten in Innsbruck und in den Bezirken zur Seite. Oder anrufen unter der kostenlosen **Hotline Arbeitsrecht 0800/22 55 22 - 1414.**

## KINDERFERIENAKTION

## Programm und Infos im März



Foto: SerrNovik/Fotolia.com

Sommerferien, das heißt Sonne, Spaß, große Freiheit – und AK Kinderferienaktion. Viele kleine und große Fans fiebern schon dem neuen Programm entgegen. Gibt es neue Wochen? Welche Überraschungen warten auf die jungen Teilnehmer zwischen 7 und 15 Jahren? Keine Bange: Die Vorbereitungen für die AK Kinderferienaktion 2015 laufen auf Hochtouren. Mehr dazu erfahren Sie in der März-Ausgabe der Tiroler Arbeiterzeitung. Ab Mitte März können Sie auch das Programm unter Tel. 0800/22 55 22 – 2121 anfordern.



Foto: Maksim Bukovskij/Fotolia.com

## HEY BABY IN REUTTE

## Tipps für werdende Eltern

Wenn ein Baby unterwegs ist, tauchen viele Fragen auf. Schließlich gibt es wichtige Vorschriften, die werdende Eltern kennen sollten, etwa zu Mutterschutz, Wochengeld, Karenz, Elternteilzeit, Kinderbetreuungsgeld und Familienbeihilfe. Und was muss wem wann gemeldet werden? Alles rund um Schwangerschaft und Geburt erklärt die AK Expertin beim kostenlosen Infoabend „Hey Baby“ am **Mo, 9. März, um 18.30 Uhr in der AK Reutte**. Anmeldung erforderlich unter 0800/22 55 22 – 3650 oder reutte@ak-tirol.com

# Herbert & Mimi: Spannende Abenteuer im Zauberland

**Auf gehts.** Das AK Kindertheater mit „Herbert und Mimi“ tourt im April und Mai durch Tirol und garantiert wieder strahlende und staunende Kinderaugen. Der Eintritt ist frei. Rasch anmelden!



**M**eine lieben Kinder, i muss enk glei was erzählen. Also der Herbert, was der wieder angestellt hat und wie der mi heut wieder geärgert hat... Und i woas iatz gar nit, wo er sich versteckt hat. I glaub ihr müssts mir helfen, den Herbert zu suchen, weil so ganz ohne dem gehts halt a nit...

So oder so ähnlich startet das AK Kindertheater und schon sind wir mitten drinnen im Zauberland von „Herbert und Mimi“. Ein Land, in dem sich gerade Kinder unglaublich wohl fühlen. Die zwei liebevoll entwickelten Figuren sind sehr tollpatschig, sehr kreativ, sehr musikalisch, können manchmal ganz schön frech sein und erobern Kinderherzen von der ersten Minute an.

**Die Handlung.**

„Herbert und Mimi“ haben sich ein schönes Plätzchen für ihre Jausen-Pause gesucht. Aber dann passieren plötzlich ganz eigenartige

Dinge, die sie sich nicht erklären können. Die magischen Momente scheinen irgendwie mit dem Kasten zusammenzuhängen, der auf dem Jausen-Platz steht. Huuuuuuuhhhhh, das ist wohl ein ganz besonderer Zauber, der von diesem Kasten ausgeht und das Publikum auf eine abenteuerliche Reise führt. Da wird gesungen, gezaubert und vor allem natürlich ganz, ganz viel gelacht. Nachdem irgendwann das Chaos die Bühne beherrscht, muss das Publikum unbedingt mithelfen, wieder Ordnung herzustellen.

**Faszinierend.** AK Präsident Erwin Zangerl schaut gerne persönlich bei den Aufführungen vorbei und meint: „Es tut auch uns Erwachsenen gut, manchmal das verborgene Kind in uns wieder zu entde-



**Vorhang auf.** Kinder ab 4 Jahren können mit „Herbert und Mimi“ tolle Abenteuer im Zauberland erleben und sich auch aktiv beteiligen.

cken. Außerdem ist es faszinierend, die Begeisterung in hunderten strahlenden Kinderaugen zu sehen. Wir freuen uns, den Kleinen und ihren Begleitern einige unbeschwerte Stunden zu schenken.“

**Zielgruppe.** Das AK Kindertheater mit „Herbert und Mimi“ ist wunderbares Programm für Kinder im Alter von 4 bis 12 Jahren, aber auch Jugendliche oder Erwachsene als Begleitung werden sich ganz bestimmt nicht langweilen. Helga Jud und Manfred Unterluggauer in den Rollen von „Herbert und Mimi“ sind ja auch für ihre Erwachsenenprogramme von „Lach-Yoga“ bis zur Abendshow „Night Fieber“ weit über die Grenzen Tirols hinaus bekannt.

**Jause für alle.** Die kostenlosen „Zauberland“-Vorstellungen beginnen jeweils um 15 Uhr und dauern ca. eine Stunde. Anschließend ist der Kinder-nachmittag noch nicht zu Ende, denn die AK Tirol spendiert den Kindern noch eine Jause. Und für die Begleiter – Mütter, Väter, Omas, Opas, Tanten, Onkels etc. – gibts Kaffee und Kuchen.

**Jetzt anmelden.** Das AK Kindertheater sorgt in ganz Tirol stets für volle Säle, daher am besten gleich anmelden unter 0800/22 55 30. <<

**AK Kindertheater auf großer Tour****Mo. 13. April, Landeck,**

Stadtsaal

**Di. 14. April, Mils b. Imst,**

Trofana Tyrol

**Mi. 15. April, Höfen,**

Hahnenkammhalle

**Do. 16. April, Wattens,**

Haus Marie Swarovski

**Mo. 27. April, Lienz,**

Kolpingsaal

**Di. 28. April, Schwaz,**

SZentrum

**Mi. 29. April, Kufstein,**

Stadtsaal

**Do. 30. April, Telfs,**

Rathausaal

**Mo. 4. Mai, Innsbruck,**

Messe Forum 2

**Do. 7. Mai, Reith b. Kitzbühel,**

Kulturhaus

Beginn jeweils 15 Uhr.

Anmeldung erforderlich.

**Einfach gleich anrufen unter 0800/22 55 30.**

Weitere Details unter ak-tirol.com

## Günstige AK Nachhilfe in den Osterferien

**Intensiv.** Damit das heurige Schuljahr positiv abgeschlossen werden kann, bietet die AK Tirol in Kooperation mit dem BFI Tirol auch in den Osterferien Intensivkurse an. Jetzt anmelden, bis 13. März!

**K**einen Stress in der Schule, Prüfungsängste abbauen, die Sommerferien retten oder einen drohenden Nachzipf vermeiden: Es gibt viele Gründe, in den Osterferien die AK Nachhilfe zu nutzen.

**Inhalte.** Unterrichtet werden die Fächer Deutsch, Mathematik, Englisch, Rechnungswesen, Italienisch, Französisch und Latein. Das Angebot ist sehr breit und versucht, unterschiedlichen Schwächen gerecht zu werden. Der Fokus liegt auf einer gezielten Unterstützung bei der Vorbereitung auf Schularbeiten und Tests oder eventuelle Schlussprüfungen. Auch die Bearbeitung von schwierigen fachlichen Problemstellungen zählt zum professionellen Angebot der AK Nachhilfe.



**Sicher ist sicher.** Damit die Ferien nicht verpatzt sind, haben sich Anna und Lukas gleich für die AK Osternachhilfe angemeldet.

**Kleingruppen.** Für einen maximalen Lernerfolg werden die Schülerinnen und Schüler ab der 5. Schulstufe in Kleingruppen jeden Tag zweieinhalb Stunden pro Fach unterrichtet. Die Unterrichtszeiten sind Montag bis Freitag von 8.30 bis 11 Uhr oder/und 11 bis 13.30 Uhr. Es können auch zwei Fächer belegt werden. Die Kurse finden ab einer Mindestteilnehmerzahl statt.

**Zielgruppe.** Das AK Nachhilfeangebot in den Osterferien richtet sich an Schülerinnen und Schüler von Hauptschule, Neuer Mittelschule, Unterstufe allgemeinbildender höherer Schulen, Oberstufe allgemeinbildender und berufsbildender mittlerer und höherer Schulen.

**Termine.** Die Kurse starten am Montag, 30. März, im BFI Innsbruck und in den BFI Bezirksstellen in Reu-

tte, Landeck, Imst, Schwaz, Kufstein, Kitzbühel und Lienz und enden am Freitag 3. April. Anmeldeschluss ist der 13. März.

**Kosten.** Für AK Präsident Erwin Zangerl ist Bildung ein ganz zentrales Anliegen: „Sie muss allen offenstehen und Nachhilfe muss für alle, die sie benötigen, leistbar sein, denn eine Bildungsgerechtigkeit darf nicht untergraben werden.“ Daher kostet die AK Nachhilfe für Kinder von AK Mitgliedern nur 75 Euro pro Fach, für alle anderen 115 Euro pro Fach. <<

**Anmeldung.** Für die AK Nachhilfe in den Osterferien melden Sie sich an beim BFI Tirol in Innsbruck unter **0512/59 6 60** bzw. in den BFI Bezirksstellen. Informationen auf bfi-tirol.at

# Erster Lohn, **erster Beruf**

Viele Schüler wollen sich das Taschengeld aufbessern oder benötigen im Rahmen des Lehrplans ein Pflichtpraktikum.

Endlich das erste eigene Geld zu verdienen ist für junge Menschen oft ein ganz dringender Wunsch. Um neben der Schule zu arbeiten und Geld zu verdienen, muss man allerdings das 15. Lebensjahr vollendet und die neunjährige Schulpflicht beendet haben. Lediglich Ferial- bzw. Pflichtpraktika sowie Lehrverhältnisse können schon vor dem 15. Geburtstag begonnen werden.

**Ferialjob.** Ein Ferialjob ist meist ein kurzfristiges, befristetes Arbeitsverhältnis während der Schulferien. Hier gelten die üblichen gesetzlichen bzw. kollektivvertraglichen Bestimmungen sowie bis zum 18. Geburtstag die Bestimmungen des Kinder- und Jugendlichen-Beschäftigungsgesetzes betreffend Arbeitszeit, Entlohnung, etc. Es steht die Arbeitsleistung im Betrieb und nicht die Ausbildung im Vordergrund. Für die Anmeldung zur Sozialversicherung bei der Krankenkasse ist der Betrieb zuständig. Um eventuelle arbeitsrechtliche Probleme zu vermeiden ist es sehr wichtig, alle Vereinbarungen über Arbeitszeit, Entlohnung, Dauer des Arbeitsverhältnisses etc. im Voraus schriftlich mit dem Betrieb zu vereinbaren.



**Arbeiten neben der Schule:** Wer sich ausreichend informiert, dem bleiben Enttäuschungen erspart. Deshalb rechtzeitig Rat bei den AK-Experten einholen!

**Pflichtpraktikum.** Schüler bestimmter berufsbildender Schulen müssen im Rahmen des Lehrplans ein Pflichtpraktikum in einem Betrieb absolvieren. Es steht der Lehr- und Ausbildungszweck und nicht die Arbeitsleistung im Vordergrund. Grundsätzlich besteht kein Anspruch auf Entlohnung und die Arbeitszeit orientiert sich am Ausbildungszweck. Dies muss im Einzelfall mit dem Betrieb vereinbart werden. Nur wenige Kollektivverträge (Gastgewerbe, Metallgewerbe) sehen verpflichtende Regelungen vor. Pflichtpraktikanten, die für ihre Tätigkeit ein Taschengeld erhalten, müssen vom Betrieb bei der Krankenkasse zur Sozialversicherung angemeldet werden. Je nach Höhe des Taschengeldes tritt eine Voll- oder Teilversicherung (Geringfügigkeitsgrenze: € 405,98, Stand. 1.1.2015) ein. Pflichtpraktikanten, die für ihre Tätigkeit kein Taschengeld erhalten, müssen vom Betrieb nicht bei der Krankenkasse zur Sozialversicherung angemeldet werden. Unfallversicherungsschutz besteht ohne Beitragsleistung des Dienstgebers durch die gesetzliche Schülerversicherung nach dem ASVG bei der AUVA. Sollte

das Pflichtpraktikum jedoch keinen Ausbildungszweck erfüllen, sondern überwiegend produktiver Tätigkeit dienen, müssen die Bezahlung und Anmeldung wie im regulären Arbeitsverhältnis erfolgen. Das ist im Einzelfall zu prüfen.

Bei Fragen zu Ferialjob bzw. Pflichtpraktikum stehen die Experten der Jugendabteilung der Arbeiterkammer gerne zur Verfügung; Hotline 0800/22 55 22 – 1566. <<

## INFOABEND INNSBRUCK

### Arbeiten in den Ferien

Hilfreiche Informationen zum Thema Ferialjob und Pflichtpraktikum gibts von den AK Profis beim Infoabend am **Di, 24. Februar, 18.30 Uhr**, in der **AK Tirol in Innsbruck**. Dabei verraten Experten interessante Tipps rund um Arbeitszeit, Bezahlung, Haftung, Urlaub und vieles mehr. Anmelden unter Tel 0800/22 55 22 – 1566 oder jugend@ak-tirol.com

## SACHEN GIBTS

### Eigenartige Lehrausbildung



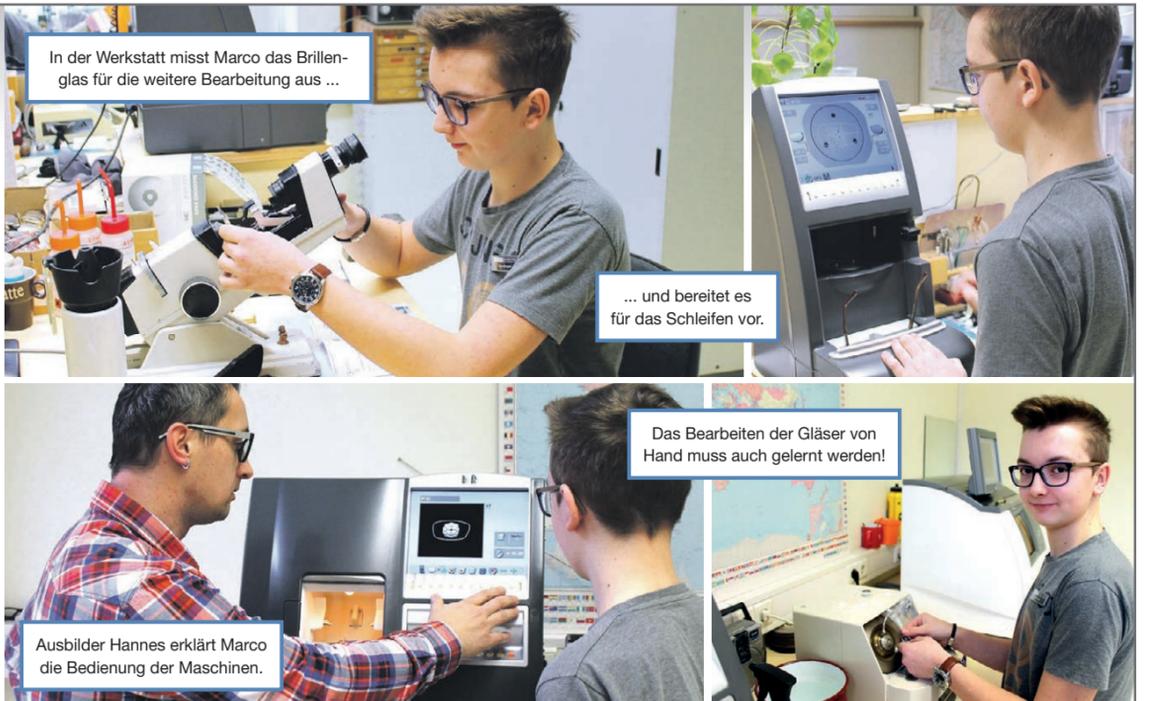
Foto: Kaesler Media/Fotolia.com

Ein Autohaus in Tirol hat ganz eigene Auffassungen, wie eine gute Ausbildung laufen soll. Im Verkauf sind vier Lehrlinge beschäftigt und der Chef selbst. Das heißt, den Hauptteil des Umsatzes machen eigentlich diejenigen, die lernen sollen, wie das mit dem Verkaufen funktioniert. Prämien gibt es dafür willkürlich, je nach Laune des Chefs. Um Engpässe in der Werkstatt abzudecken kam der Lehrherr auf die Idee, eine „Rotation“ durch die unterschiedlichen Bereiche des Unternehmens einzuführen. So wollte er es auch den Lehrlingen positiv anpreisen. Prinzipiell ist das eine sehr gute Idee, wenn der Lehrling den gesamten Betrieb kennenlernt und eine umfassende Ausbildung bekommt.

Nur was ein Einzelhandels- und Bürolehrling monatlang in einer Autowerkstätte verloren hat, noch dazu wenn er lediglich Autoreifen wechselt, den Keller aufräumt und putzt, das haben die Lehrlinge bis heute nicht verstanden. Im Gegenteil, sie haben wertvolle Lehrzeit im kaufmännischen Bereich verloren. Aber die haben die Lehrlinge nicht nur in der Werkstatt verloren, sondern auch bei Angelegenheiten, die sie für den Chef privat erledigen mussten. Mithilfe der AK Tirol haben zwei Lehrlinge ihr Lehrverhältnis bereits gelöst und werden weiter vertreten.

Marco ist 16 Jahre alt und lernt den Beruf des Augenoptikers. Er befindet sich im 1. Lehrjahr beim Ausbildungsbetrieb Miller Optik in Innsbruck. Der Aufgabenbereich eines Augenoptikers ist vielfältig und die Tätigkeiten sind abwechslungsreich. Sie umfassen die Beratung der Kunden bei der Auswahl von Brillen und anderen Sehbehelfen sowie die Prüfung der Sehstärke. Weiters werden die Brillengläser für die Kunden individuell angepasst, in die Fassungen eingearbeitet und nach einer Beschädigung auch wieder fachgerecht repariert. Darüber hinaus werden die Kunden bei der Auswahl der richtigen Kontaktlinsen beraten.

Man muss für diesen Beruf einerseits handwerkliches Geschick, eine gute Fingerfertigkeit, mathematisch-rechnerische Fähigkeiten sowie technisches Verständnis,



In der Werkstatt misst Marco das Brillenglas für die weitere Bearbeitung aus ...

... und bereitet es für das Schleifen vor.

Das Bearbeiten der Gläser von Hand muss auch gelernt werden!

Ausbilder Hannes erklärt Marco die Bedienung der Maschinen.

## Augenoptikerin Augenoptiker

Lehrzeit: 3,5 Jahre  
Berufsschule für Fotografie, Optik und Hörakustik (Hall in Tirol)

## Lehrlings- AK REPORTER

Die ganze Story als Film auf ak-tirol.com!



Hier wird die Sehschärfe der Kundin ermittelt.



Kleinere Reparaturen werden sofort erledigt!



Aus der großen Auswahl muss für den Kunden die passende Brille gefunden werden.

andererseits aber auch Modekompetenz und gestalterische Fähigkeiten mitbringen. Außerdem ist ein offener Umgang mit den Kunden notwendig, um deren individuelle Bedürfnisse zu erfüllen. Eine laufende Weiterbildung ist hierfür wichtig. Marco erhält firmeninterne Schulungen zu verschiedensten Themen, wie z. B. zu Farblehre oder Design.

Marco hat sich für diesen Beruf entschieden, da ihm sowohl der Umgang mit den Kunden, als auch die handwerkliche Arbeit Freude bereiten. Nach Absolvieren der Lehre kann er das Kolleg für Optometrie an der Privaten Höheren Technischen Lehranstalt des Landes in Hall besuchen. So kann er nach der Lehre die Meisterprüfung sowie die Reife- und Diplomprüfung ablegen.

# Eine Woche im Jahr 2044

**Blick in die Zukunft.** Was erwartet uns in dreißig Jahren, wenn wir nicht umdenken? Das Romanprojekt des Sozialethikers Lothar Müller versucht, darauf Antworten zu geben.

Steigende Armut, steigende Arbeitslosigkeit, steigende prekäre Arbeitsverhältnisse. Dazu die Folgen der Banken- und Finanzkrisen, die steigende Belastung durch den Klimawandel. Und: Flüchtlinge, Krieg und Terror, bedrohlich nahe. Und eine

## SERIE TIROL 2044, TEIL 1

von Dr. Lothar Müller

abnehmende Bereitschaft, bei demokratischen Wahlen mitzumachen.

Wie wird da die Zukunft unserer Jungen ausschauen? Kommt „Das Ende der Welt, wie wir sie kannten“ – so ein Buchtitel? Gewinnen die Kräfte der Solidarität oder jene des Egoismus, des Geizes, der Ablehnung anderer Menschen? Lothar Müller geht in seinem Romanprojekt „Eine Woche 2044“ diesen Fragen nach. Auch anhand persönlicher Schicksale. Was passiert, wenn wir nichts verändern? Die Tiroler Arbeiterzeitung bringt in den nächsten Ausgaben Auszüge aus dem Zukunftsprojekt.

**Nach- und Umdenken.** Die Welt, über die Müller in seinem Romanprojekt schreibt, ist gefüllt mit Menschen und ihren möglichen Schicksalen – es ist die Welt, in der wir in dreißig Jahren leben werden. Bereits der Weg dorthin wird kein Spaziergang werden, wenn es nicht zu einem Umdenken kommt und wir den derzeitigen Entwicklungen nicht entschieden gegensteuern.

Und in Tirol? „Wir haben alles bei uns und in der nächsten Umgebung“, meint Müller, man brauche nicht erst weit zu reisen, um zu sehen, welchen Entwicklungen wir entgegen gehen, hinein in eine Zeit, in der Persönliches keine Rolle mehr spielen wird.

Und so handelt „Eine Woche 2044“ auch von Mindestpensionisten und Menschen, die sich schwer tun. Von Studenten, die nur noch „robuste Fächer“ studieren können. Von Bür-



**Zeitreise.** Das Romanprojekt „Eine Woche 2044“ beschreibt, wie unsere Zukunft aussehen könnte.

germeister, die sehr viel Macht über das Schicksal ihrer Gemeindebürger bekommen und deren Gemeinden für Einsparungen im Gesundheits- und Sozialbereich belohnt werden. Es sind Geschichten von einer „unpolitischen Künstlerin“, von Beamten, denen bei Verweigerung der absoluten Loyalitätserklärung die Reaktivierung angedroht wird bis hin zu den kommenden Expertenregierungen, die nur noch „optimiert administrieren“.

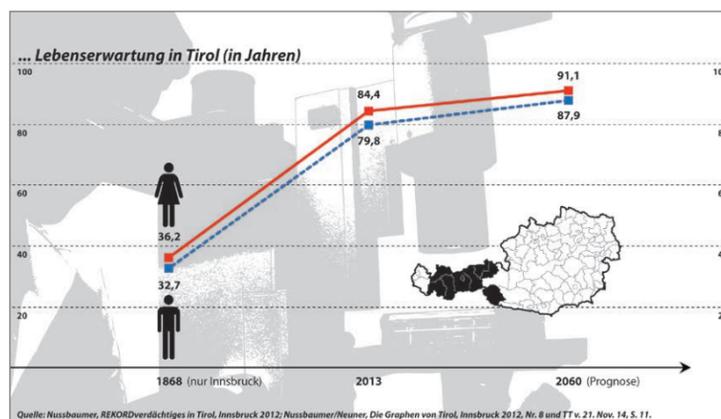
**Wohin gehen wir?** Für Müller stellt sich neben vielen anderen Fragen auch jene, wie Demokratie in einer Gesellschaft funktionieren wird, die immer weniger bereit ist, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen: Denn dies könnte sich entscheidend auf unsere Zukunft auswirken. So lässt Müller den Finanzminister einer jener langfristig installierten Expertenregierungen im Jahr 2029 erklären, was uns erwarten könnte: „Deckeln, nach Quoten handeln, automatisieren. Letzteres wird dann auch für den Rechtsweg gelten. Anders wären die Klimakatastrophen, eine aktive Si-

cherheitspolitik und der konsequente Abbau der Schulden aus den Finanzkrisen nicht mehr zu bewältigen.“ Damit würde dann auch auf persönliche Ansprüche und Befindlichkeiten keine Rücksicht mehr genommen.

Doch die Beispiele sollen nicht nur hoffnungs- und ratlos zurücklassen, sondern die Serie möchte auch zeigen,

welche Möglichkeiten es gäbe, einer solchen Zukunft zu entgehen.

**Positiv gestalten.** Nachdenken, umdenken und sich engagieren wird so dem „Deckeln, nach Quoten handeln und automatisieren“ entgegengestellt, damit die Zukunft auch für unsere Jungen lebenswert sein wird. <<



**Überalterte Zukunft.** Bis in das Jahr 2060 wird die Lebenserwartung um 6,7 (Frauen) bzw. 8,1 Jahre (Männer) gestiegen sein. Die Grafiken zur Serie stammen von Univ.-Prof. Josef Nussbaumer und Stefan Neuner.

### AK TIPP

## Berufspraktika in England



Die Arbeiterkammer und die Standortagentur Tirol bieten im Rahmen des Projektes „Tirolerinnen und Tiroler auf der Walz“ sechs Praktikumsplätze in Cornwall, England, an. Weibliche und männliche Köche, Bäcker, Konditoren, Gärtner, aber auch Lehrlinge aus dem Einzelhandel können wertvolle Berufserfahrung sammeln und dabei Land, Sprache und Leute kennenlernen. Dieses Projekt steht auch jungen Arbeitnehmern offen, die ihren Lehrabschluss in den letzten acht Monaten absolviert haben! Anreise, Aufenthalt und Sprachkurs werden durch das EU-Programm ERASMUS+ gefördert. Der Praktikumsstart ist am 15. März und dauert zwei Monate.

**Infos:** 0800/22 55 22 - 1212.

### FÜR JUNGE

## Anmelden für AK Rückenwind

Das AK Projekt Rückenwind steht für neue Erfahrungen, die junge Tiroler kostenlos im Ausland sammeln können. Für 2015 werden laufend europaweit Programme im Umwelt-, Sozial- und Kulturbereich fixiert.

Anmeldungen sind derzeit etwa für „Able like you III“ möglich. Dabei arbeiten 18- bis 30-Jährige in Palermo, Italien, in Heimen mit, in denen Menschen mit Behinderungen leben. Andere starten am 19. Mai für einen Monat nach Muxia, Spanien, und helfen unter anderem beim Wegebau am Jakobsweg.

**Infos und Anmeldung:** 0800/22 55 22 - 1212 oder an rueckenwind@ak-tirol.com

### IMPRESSUM



AK Tiroler Arbeiterzeitung - AK Aktuell

Zeitung für Arbeit und Konsumentenschutz der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol.

#### Medieninhaber und Herausgeber:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol, 6020 Innsbruck, Maximilianstraße 7

**Redaktion:** Dr. Elmar Schiffkorn,

Mag. Christine Mandl, Gertraud Walch,

Mag. Henrik Eder, Armin Muigg

**Fotos:** AK, www.fotolia.com

**Druck:** Intergraphik GmbH, 6020 Innsbruck, Ing. Etzelstraße 30

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25 (2): Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol, 6020 Innsbruck, Maximilianstraße 7; Präsident: Erwin Zangerl; Aufgabenstellung: Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer; Die Blattlinie entspricht jenen Grundsätzen, die im Arbeiterkammergesetz 1992 BGBl. Nr. 626/1991 idGF festgehalten sind.

Die von der AK Tirol angebotenen Leistungen kommen ausschließlich ihren Mitgliedern zugute. Soweit personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise.

## Mit der Arbeiterzeitung ins „Weiße Rössl“

**Operettensommer.** Mit etwas Glück können Sie zwei Tickets für die Freiluftveranstaltung in Kufstein gewinnen.

Beim heurigen Operettensommer Kufstein steht vom 31. Juli bis zum 15. August mit Ralf Benatzkys Revue-Operette „Im Weißen Rössl“ ein weiterer internationaler Erfolg auf dem Spielplan. Mit der Tiroler Arbeiterzeitung sind vielleicht gerade Sie live dabei! Wir verlosen diesmal Karten für zwei Personen für dieses musikalische Highlight, und zwar für die Premiere am Freitag, 31. Juli, 20.30 Uhr, und für die Vorstellung am Samstag, 1. August, 20.30 Uhr.

**Hinreißende Melodien.** Die Revue-Operette mit so berühmten Melodien, wie „Im Weißen Rössl am Wolfgangsee“ und „Im Salzkammergut, da kann man gut lustig sein“ ging um die Welt. Diese und weitere Ohrwürmer rund um die Geschichte vom Zahlkellner Leopold, der unglücklich in seine Rössl-Wirtin Josepha Vogelhuber verliebt

ist und sie am Ende, trotz scheinbar übermächtiger Konkurrenz, für sich gewinnen kann, werden für Furore sorgen, ganz nach dem Rössl-Motto: „Die ganze Welt ist himmelblau“. Die mächtige Kufsteiner Festung wird zur eindrucksvollen Kulisse. Prächtige Kostüme, ein spielfreudiges Ensemble und ein exzellentes Orchester schaffen einen Rahmen, der diese Aufführung zu einem unvergesslichen Abend für Sie werden lässt.

**So können Sie gewinnen.** Mailen Sie an ak@tirol.com, schicken Sie ein Fax an 0512/5340 - 1290 oder schreiben Sie an AK Tirol, Maximilianstraße 7, 6020 Innsbruck unter dem Stichwort „Operettensommer“. Nicht vergessen: Namen, Adresse und den gewünschten Termin 31.7. oder 1.8. angeben. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen, keine Barablöse möglich. <<

OPERETTEN
SOMMER
KUFSTEIN

31. JULI -  
15. AUGUST  
2015

WWW.OPERETTENSOMMER.COM

**Im Weißen Rössl.** Viel Humor, eine schmissige Revue und hinreißende musikalische Ohrwürmer sind garantiert.